Dienstag, 20. Juni 1922 * 51. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzelnummer 1 M

Berliner Tageblatt

Nr. 286

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Poincarés Bericht über London.

Nationalistische Opposition in Paris.

e Scharfmacher rüsten sich. — Ausschluß der politischen agen im Haag. — Die Regelung der interalliierten Schulden- ge Voraussetzung für die Lösung des Reparations- problems.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L. Paris, 20. Juni.

Die neue Konferenz, die gestern von Poincaré und oyd George beschlossen wurde, soll frühestens in vier ochen stattfinden. Da nach dem 14. Juli die französische nmer in die Ferien geht, während das englische Parlament Mitte August weiter tagt, hat der französische Minister- sident sich bereiterklärt, wenn es nötig wäre, noch ein- nach London zu kommen. Es könnte aber auch sein, daß die Zu- menkunft noch länger hinausgeschoben wird. In diesem Falle de eine französische oder italienische Stadt als Konferenzort ge- lt werden.

Die Anhänger Poincarés sehen voraus, daß der Ministerpräsident gegen Angriffe in der Kammer zu verteidigen haben , weil er in zwei Punkten gegen die Verpflichtungen gehandelt , die er vor dem Parlament übernahm. Er habe versprochen, die französische Studienkommission nur dann im ag bleiben solle, wenn die Kammer damit einverstanden wäre, wenn alle Bedingungen, die Frankreich für seine Teilnahme an Verhandlungen gestellt hat, erfüllt werden sollten. Die Kammer ber nicht noch einmal gefragt worden, und England und Italien n den Standpunkt Frankreichs, wie er in dem zweiten Memoran- voraussetzt wurde, ohne weiteres anerkannt. Tardieu atiert diese Tatsachen, um einen Angriff vorzubereiten. Poincaré aber auch auf die isolierte Aktion gegen Deutsch- d verzichtet, die er bei verschiedenen Gelegenheiten an- digt hatte für den Fall, daß es ihm nicht gelänge, die Ver- eten für ein gemeinsames Vorgehen zu gewinnen. Er hat, wie hm ergebenen Zeitungen sagen, „zwar seine Handlungsfreiheit völlig aufgegeben, aber doch das Zusammengehen mit den Ver- eten anders interpretiert, als das bisher geschehen ist." n Entschluß werden ihm manche vorwerfen, denn, so heißt es in Zeitung, „wer einmal in das Ruhrgebiet wollte, dürfte icht mehr auf sich warten lassen".

ie französische Presse stellt einmütig fest, daß zwar die persön- Beziehungen zu England durch die freimütige rache der Ministerpräsidenten besser geworden seien, aber tive Entscheidungen noch nicht getroffen n konnten. Bei den Berichten über den Verlauf der Unter- g in London muß zwischen zwei Formen der Darstellung schieden werden. Die erste und am meisten ver- te gab Poincaré selbst vor seiner Abreise aus London den fischen Journalisten. Die zweite stammt von einigen der in n ansässigen Korrespondenten und berücksichtigt die Informa- englischer Amtsstellen. Wir folgen zunächst der Dar- ung Poincarés. Der französische Ministerpräsident er sei durch die freundschaftliche Stimmung bei Frühstück so angenehm berührt worden, daß er ster die Rede auf die Notwendigkeit einer politischen Aus- ersetzung brachte. Lloyd George sei sofort auf diese Anregung angen und habe Balfour und Sir Robert Horne gebeten, an Gespräch teilzunehmen. Poincaré zog den Botschafter de St. e als Zeugen hinzu. Nach diesen Vorbereitungen begaben sich premierminister mit ihren Begleitern in das Arbeitszimmer Georges, wo sie über zwei Stunden lang die Situation be- en. Camerlynck wirkte als Dolmetscher der Worte, die auf en Seiten sehr freundlich klangen. Zunächst wurde den Haag gesprochen. Poincaré teilte seinem englischen en mit, daß die französischen Delegierten im bleiben würden, was Lloyd George angenehm zu über- schien; er hatte mehr Widerstand von seinen Poincarés er- . Hingegen schien Lloyd George einige seiner Hoffnungen in der fischen Frage unter den jetzigen Verhält- aufgegeben zu haben; er war jetzt da- inverstanden, **daß im Haag nur über technische n verhandelt werden dürfe, und daß die Politik aus- ssen bleiben solle.** Danach kam das Thema der Wieder- achung zur Verhandlung. Auch hier sind nach der fran- offiziellen Darstellung beide Teile einander etwas gengekommen. **Beide Premierminister waren sich r einig, daß die endgültige Regelung des Repara- roblems erst möglich sei, wenn gleichzeitig auch über usgleich der Kriegsschulden unter den Alliierten ge- n würde. Dafür ist aber die Zeit noch nicht ge- n.** Man hat sich also über eine neue Wartefrist ver- und will zunächst der Reparationskommission dem Garantiekomitee Zeit lassen, sich darüber informieren, wie die deutsche Regierung eformen ausführt, zu denen sie sich verpflichtet eigt es sich, daß Deutschland Schwierigkeiten macht, so daß von parationskommission ein „Verstoß gegen den Vertrag" fest- werden kann, so kommen die Leiter der Regierungen noch al zusammen, um gemeinsam mit den Premierministern s und Belgiens über die nötigen Maßnahmen zu beraten. **aré hat also auf ein isoliertes Vorgehen Frankreichs ict.** Er hat auch seine Abneigung gegen die Konferenzen rsten Rates überwunden, wenn er auch, um diese Meinungs- g zu verdecken, ausdrücklich erklärte, daß es sich nicht um feierliche Sitzung des Obersten Rates", sondern nur um Meinungsaustausch zwischen den Leitern der verbündeten ngen" handle — was im Grunde so ziemlich das gleiche ist. der Besprechung der Reparationsfragen verabschiedete sich ne, der ins Unterhaus gehen mußte, und die Unterhaltung sich den Orientangelegenheiten zu. Poincaré und eorge wurden darüber einig, daß so rasch wie möglich zwei suchungskommissionen nach der Türkei und nach Griechenland gesandt werden sollen, um sich über die Grausamkeiten zu informieren, deren sich die Kriegführenden gegen- seitig beschuldigen. Beide Kommissionen sollen getrennt arbeiten, aber gemeinsam ihre Berichte redigieren. Wenn dieses Geschäft beendigt ist, soll eine neue Aussprache zwischen den Außenministern Englands, Frankreichs und Italiens folgen, die noch einmal auf der Grundlage der Märzbesprechungen den Frieden herzustellen versuchen soll. Von der durch die türkische Regierung vorgeschlagenen Konferenz ist nicht mehr die Rede. Dies ist das einzige sichtbare Resultat der Be- sprechungen über diesen Punkt. Sonst bleibt auch hier nur das übliche System in Kraft, das die Frage nicht löst, sondern vertagt und auf jeder Konferenz eine neue Beratung beschließt. Die gleiche Ver- legenheitslösung ist für die Frage von Tanger gefunden; auch diese Fragen sollen in einer Zusammenkunft der interessierten Mächte weiterberaten werden, bei der außer England und Frankreich auch Spanien und Marokko vertreten sein werden.

Dies sind die Ergebnisse der Unterhaltung nach der Schilderung Poincarés, der natürlich die Uebereinstimmung in allen Punkten betont und von seinen Anhängern hervorheben läßt, daß er den per- sönlichen Kontakt zwischen den beiden Staatsmännern in angenehmster Form hergestellt habe. Auch Lloyd George hat dies be- stätigt, indem er Poincaré zum Bahnhof begleitete und ihm demon- strativ „Auf Wiedersehen!" zurief. Vergleicht man mit dieser Darstellung die Berichte der einzelnen Korrespondenten, so sieht das Bild etwas anders aus. Der Londoner Mitarbeiter des „Journal" sagt, daß es verkehrt wäre, sich durch den äußeren Schein täuschen zu lassen. Mit großer Liebenswürdigkeit und vielen freundschaft- lichen Versicherungen sei man nach zwei Stunden **darüber einig gewesen, daß man über keine einzige Frage einig sei.** Der einzige Erfolg sei, daß die spitzen Noten durch höfliche Unterhaltungen abgelöst wurden. In der Frage der Reparationen bleibe der englische Standpunkt bestehen, daß die deutschen Verpflich- tungen noch nicht endgültig festgestellt werden können und daß vor der nächsten Ministerzusammenkunft keine Zwangsmaßnahmen irgendwelcher Art gegen Deutschland beschlossen werden dürfen. Auch in allen übrigen Fragen habe Lloyd George nur scheinbar nachgegeben. Die Photographie, die nach dem Essen aufgenommen wurde, und die Lloyd George lächelnd zwischen Poincaré und dem Marschall Pétain zeigt, gab die Situation richtig wieder: Lloyd George hat allen Grund zu lächeln.

Die provisorischen Uebereinkünfte.

Die vermiedene Krise in der Reparationsfrage.

(Telegramm.)

London, 20. Juni. (W. T. B.)

Das Reutersche Bureau verbreitet folgenden ergänzenden Bericht zu der amtlichen Mitteilung über die Konferenz zwischen Lloyd George und Poincaré: Die britische Ansicht war, daß gegenwärtig der Augenblick schlecht gewählt wäre, sich zu be- mühen, den Betrag der Verbindlichkeit Deutschlands endgültig festzusetzen, weil die Verhältnisse so ungewiß seien, daß jede jetzt gefällte Entscheidung später einen Streit herbeiführen könnte. Es wurde beschlossen, daß der nächste Schritt für die Reparationskommission darin bestehen sollte, den wirk- lichen Zustand der deutschen Finanzen zu unter- suchen und festzustellen, ob mit Hilfe einer aus- wärtigen Anleihe die deutsche Regierung irgendetwas tun könnte, um durch Einschränkung der Ausgaben und Erhöhung der Steuern oder durch eine innere Anleihe das Gleichgewicht in seinem Haushalt sowie seine Währung wiederherzustellen. Hinsichti- lich der Haager Konferenz kam man überein, daß die Auf- gabe der Sachverständigen im Haag darin bestehe, in Verbindung mit den Russen praktische Mittel zur Lösung der Schwierigkeiten zu prüfen, die sich in Genua betreffend der Fragen der Schulden, des privaten Eigentums und der Kredite ergeben haben. Zwischen den britischen Ministern und Poincaré herrschte vollständige Einigkeit darüber, nach diesen Richtlinien bei der Arbeit der Haager Kommissionen zusammenzuwirken. In der Tanger-Frage wurde beschlossen, den Vorschlag der spanischen Regierung anzu- nehmen, wonach die drei Regierungen die Frage Ende Juli in Lon- don erörtern sollen. Hinsichtlich der Ostfragen wurde beschlossen, die Einsetzung einer Kommission zu beschleunigen, die die gemeldeten Deportationen von Griechen in Anatolien durch die Türken sowie die Klagen und Gegenklagen der Türken und der Griechen über Massen- morde im Kriegsgebiet untersuchen soll. Auch dieses Thema soll auf der Londoner Konferenz Ende Juli weiter erörtert werden.

„Daily Chronicle" schreibt, die gestrige nterredung zwischen den beiden Premierministern scheine ebenso erfolgreich wie herzlich ge- wesen zu sein. Es sei wahrscheinlich, daß die Erörterung, die im Juli stattfinden werde, wenn Poincaré wieder nach London komme von bestimmender Bedeutung sein werde. Etwas Endgültiges über irgendeine der Hauptfragen sei gestern nicht beschlossen worden, und die Schwierigkeiten der Entscheidung seien sozusagen nur verschoben. Die Blätter heben im übrigen hervor, daß, be- Deutschlands verfaßt haben werde und eine weitere Zusammenkunft zwischen den Premierministern der beiden Länder erfolgt sei, das ist Ende Juli, keinerlei Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland beabsichtigt seien. „Westminster Gazette" zufolge ist damit jede unmittelbare Krise in der Frage der Repara- tionen verhindert worden. In einem Leitartikel schreibt „Westminster Gazette", es würde ein Fehler sein, wollte man der gestrigen Zusammenkunft zwischen Lloyd George und Poincaré eine besondere Bedeutung beimessen. Poincarés Besuch, der, wie das Blatt betont, auf Poincarés eigene Veranlassung stattgefunden habe, habe mehr eine gesellschaftliche als eine poli- tische Bedeutung. Politische Uebereinstimmung zwischen Großbritannien und Frankreich sei im gegenwärtigen Zeitpunkt kaum möglich. eBide Länder seien in fast jeder bestehenden Frage vollkommen verschiedener Ansicht. Dies sei jedoch kein Grund, weshalb England und Frankreich nicht Freunde bleiben sollten.

Die Regierungskrise in Polen.

Von unserem Korrespondenten

Wilm Stein.

Wie im gestrigen Abendblatt gemeldet wurde, ist die polnische Regierungskrise dadurch vorläufig gelöst worden, daß die Mehrheit des Parlaments den Guts- besitzer und Großindustriellen Stefan Przanowski als Ministerpräsidenten vorschlug. Allerdings ist noch fraglich, ob Przanowski ein Kabinett zusammen- bringen wird. Seine Berufung bedeutet, wie unser Warschauer Korrespondent in seinem gestrigen Tele- gramm ausführte, einen Sieg der Rechtsparteien und einen Echec Pilsudskis. Die Rechte hat nur, um vor den Neuwahlen sich nicht mit unbequemer Verant- wortung zu belasten, den etwas farblosen Przanowski statt eines ihrer entschiedenen Anhänger aufgestellt.

Die Redaktion.

Warschau, im Juni.

In den dreieinhalb Jahren ihres Bestehens hat die pol- nische Republik eine stattliche Reihe von Kabinettsstürzen, schwereren und leichteren Kabinettskrisen gesehen. Trotz mancher selbstverständlichen Verschiedenheit im einzelnen waren sie im Grunde insgesamt durch die unglückliche Kräfte- verteilung der ebenfalls seit 3½ Jahren noch immer tagenden Konstituante bedingt: fast mathematisch genau durch die Mitte des konstituierenden Parlamentes geht die Tren- nungslinie — nicht der Parteien, aber der Geister; zwei- hundert zur Rechten, zweihundert zur Linken. Wenn man auch bei allen kleineren Problemen Unterschiede zwischen den fünfzehn Parteien des Parlamentes sehen und zu- mindest von einer extremen und einer gemäßigten Rechten, von zwei oder drei Mittelgruppen, von gemäßigten und radi- kalen Linksgruppierungen sprechen kann, so beruht das doch vielfach mehr auf dem Ehrgeiz der „Führer" und der psycho- logisch bedingten Lust an bunter Vielheit politisierender Gruppen und Gruppchen, als auf schwerwiegender grundsätz- licher Gegensätzlichkeit der politischen Gesamtanschauung. Die in der Mitte der Kopfzahl laufende Trennungslinie zwischen beiden, die den Bestand jeder Regierung vom zufälligen Fehlen einiger wenigen Abgeordneten bei irgendeiner Regierungs- vorlage abhängig machte, ist die Scheide nicht zwischen zwei Parteilagern, sondern zwischen zwei Einflußsphären und da- mit zwischen zwei Mächten, deren Gleichkraft und deren Ringen um den Sieg über die andere das innenpolitische Leben Polens beherrscht und bestimmt; deren Ringen zugleich Polens Politik in jeder Hinsicht den Charakter des Schwanken- den, Zufälligen, Unsicheren und Ueberraschenden gibt. An dieser Scheidelinie inmitten der Konstituante endet von rechts her der Einfluß von Klerus, Großagrarier und nationaldemokratischer Politik der unbedingten Deutschfeind- lichkeit, des Annäherungsstrebens an Rußland, der Anbetung und des Gehorsams gegenüber Frankreich. An der gleichen Stelle endet von links her der Einfluß der unbedingt rußlandfeindlichen Gesinnung, die mit Frankreich gleich- berechtigt verbündet und nur defensiv antideutsch sein will und im übrigen Polens Heil auf die Spitze der Bajonette stellt. Die Exponenten beider Richtungen sind die nationaldemo- kratischen Größen Dmowski, Paderewski, Korfanty der einen — Witos und Pilsudski auf der anderen Seite.

Pilsudskis exponierte Stellung als provisorischer Staats- präsident hat es mit sich gebracht, daß die parlamentarischen und öffentlichen Kämpfe zwischen rechts und links lange Zeit sich zwischen Nationaldemokraten und Witos mit wechselndem Erfolge abspielten. Erst nach langen, vergeblichen Stürmen gegen den Bauernführer Witos, der Pilsudskis Banner wenigstens auf einer Seite hielt, hat die National- demokratie ihre Angriffe direkt auf Pilsudski ge- richtet. Im Parlament von den Sozialisten unbedingt und von den Bauern zumeist verteidigt, in der Oeffentlichkeit auf die größten Teile der Armee und eine Art inoffizieller Militär- partei gestützt, parierte Pilsudski die Angriffe so scharf und ge- schickt, daß die Nationaldemokratie davon abließ, da selbst Frankreich ein verständliches Interesse an der festen Stellung des Mannes bekundete, zu dem drei Viertel seiner Soldaten stehen wie die Grenadiere zu ihrem Kaiser Napoleon. So endete die sogenannte „Pilsudski-Krise" anläßlich der Annexion Wilnas.

Reichlich zwei Wochen lang stand jetzt Polen im Zeichen der zweiten Pilsudski-Krise, die erbitterter und schärfer ausgekämpft wurde. Der Angriff kam diesmal aus dem idyllisch gelegenen Belvedereschlößchen, Pilsudskis Amts- sitze. Diese neue Phase des großen Kampfes, der notwendig scheint, wenn der Staat je aus der politischen Stagnation und dem alle (eigentlich dem Problem der wirtschaftlichen Ge- sundung notwendigen) Kräfte absorbierenden Parteikampf herauskommen will, war offiziell eine Kabinettskrise, ver- anlaßt durch die Demission der Regierung Po- nikowski. Nach den Aeußerungen der polnischen Presse handelte es sich um ein Chaos, um „irrenhausartige" Ver- wirrung, um formale Streitigkeiten mit staatsrechtlichen Interpretationen durch parteipolitisch besangene Interpreta- toren. In der ausländischen Presse und — wie manche An- zeichen schließen lassen — auch in der ausländischen zünftigen Diplomatie galt die Krise schlechthin als „rätselhaft". Die Ponikowski-Krise als das genommen, was sie war: ein neuer und der bisher stärkste Ausbruch des Machtkampfes zwischen den Nationaldemokraten und Pilsudski, war in seiner Weise rätselhaft. Allein darüber ließe sich streiten, warum Pilsudski nicht (wie die Parteien insgesamt) die Entscheidung der Machtfrage den kommenden Herbstwahlen überließ und bis dahin, wie die Parteien, das neutrale, außerparteiliche Ka- binett Ponikowski weiterhin als „malum necessarium" („not- wendiges Uebel") ertrug.

Für die Beantwortung dieser Frage ist grundlegend, daß eben Pilsudski keine „Partei" ist, die siegen kann, auch wenn

dieser oder jener Führer dabei seinen Ehrgeiz enttäuscht sieht, sondern eine Persönlichkeit. Man kann Pilsudski in keine Schablone bringen; er ist ein Mann, dem man getrost zutrauen kann, daß auch er einmal sagen könnte: „Polen — das bin ich!" Als im Februar 1919 die polnische Republik sich eine Notverfassung gab, die das Konstituanteparlament als „souverän", den provisorischen Staatsleiter als oberstes und der Konstituante verantwortliches Ausführungsorgan feststellte, und dem bis dahin seit dem Umsturz aus eigenem Willen herrschenden Pilsudski das Amt dieses provisorischen Staatsleiters übertrug, da sagte Pilsudski: „Ich kann nicht verhehlen, meine Herren, daß Ihre Beschlüsse im Widerspruch stehen zu meinen innersten Plänen und Absichten. Ich glaube, daß ich mit meiner aktiven Natur, mit meinem — den Fehler gebe ich offen zu — litauischen Eigensinn, mit meiner geringen Nachgiebigkeit in verworrenen, schwierigen und besonders in heiklen politischen Fragen, mich wenig zur Führung eines Amtes eigene, das vorwiegend politischen Charakter hat." Dieser Selbstkritik entsprach es durchaus, wenn Pilsudski bei der jetzigen Krise, als der Hochschulprofessor Ponikowski rechtliche Bedenken gegen seine von Pilsudski über die souveräne Konstituante hinweg provozierte Demission geltend machte, mit der Faust auf den Tisch schlug — vermutlich mit seiner Aeußerung des Sinnes: „ich will — und die ganze Richtung paßt mir nicht!"

Den Zeitpunkt, seinen ganzen Machtwillen auf eine Karte zu setzen, und die Opposition sogar der größeren Hälfte der souveränen Konstituante kühn in die Schranken zu fordern, schien Pilsudski gekommen — ein ruhiges Warten auf die Neuwahlen schien ihm höchst unsicher. Warum? Daß Pilsudski allen ihm freundlichen Parteien der einzige Kandidat als erster verfassungsmäßiger Staatspräsident und Oberbefehlshaber ist, ist bekannt. Ebenso ist bekannt, daß es äußerst fraglich ist, ob in den Neuwahlen sich diese bäuerlichen, sozialistischen und sonstigen Linksparteien die parlamentarische Mehrheit erringen werden. Und drittens ist bekannt: daß für die Wahl zum Präsidenten nicht allein die Zahl der Parteistimmen entscheidet, sondern auch der Grad der allgemeinen Popularität. Die Rechtsparteien verfügen nur über Kandidaten, die in einzelnen Gebieten populär sind: alle die Paderewski, Dmowski, Haller und Korfanty sind Lieblinge einzelner Stände, einzelner Gebietsteile, nur Pilsudski ist Liebling der Masse wenigstens im größten Teil des Landes; er ist außerdem Liebling der Armee. Geht die Taktik rechts darauf aus, Pilsudski anzugreifen, zu schmähen oder totzuschweigen, so setzt er dem eine unermüdliche Aktivität und oft überraschende Impulshandlungen entgegen, über die seine Anhänger jubeln. Daneben versucht er als „Oberbefehlshaber der Wehrmacht" deren Einfluß, Selbständigkeit und Macht zu heben — und die strahlende Armee liebt man in Polen weithin. Dem in den Rechtsparteien derzeit latenten (wegen der Gefahr, einen „König Pilsudski" zu erhalten, unterdrückten und abgeleugneten) Wunsch zur polnischen Monarchie, der sonst auch bis tief in die Gefolgschaft der Linksparteien hinein lebendig ist, kommt Pilsudski entgegen durch das höfisch-militärische Gepränge, das die gleichzeitige Stellung als „Staatsoberhaupt und Kriegsherr" ermöglicht. Und das trägt bei der Psyche der polnischen Masse stark zur Popularität bei. Ebenso, wie es vordem die Kriegszüge und Schlachten taten, wie es die ganze Geschichte dieses Mannes aus altadligem Magnatenhause tut, der Sozialist wurde und seit frühester Jugend in einem abenteuerlichen Leben unablässig den Russen, den Moskowiter, haßte und gegen ihn zum Kampfe führte.

Das ruhige Abwarten, ob die Wahlen seinen Freunden das Uebergewicht über die chauvinistische und bis zur Selbstaufgabe französisch orientierte Politik der Gegner geben werden, widersprach offenbar der impulsiven Art Pilsudskis. So wählte er zum entscheidenden Vorstoß einen Augenblick, wo der Linie seiner Wünsche die Interessen einer größeren Parteigruppierung entgegenkam. Genua war für Polen unbefriedigend vorübergegangen; das Kabinett erklärte den Rapallo-Vertrag für ungefährlich und betonte in Rücksicht auf England seine Friedfertigkeit gegen Deutschland wie gegen Rußland; das Militärbündnis mit Finnland war gescheitert; die Unzufriedenheit vieler Parteien mit dem immer selbständiger auftretenden Ponikowski-Kabinett war gewachsen — vor allem aber verstärkten sich in letzter Zeit jetzt vor den Wahlen die Seite der nach rechts gruppierten Parteien und ihr Einfluß auf die Regierung. Daher kam dem Streben Pilsudskis nach Macht und nach ausgeprägter antirussischer Politik — gegen beides leistete Ponikowskis Kabinett unter dem Einfluß der Nationaldemokratie verstärkten Widerstand — das Streben der linken und der durch das Wahlgesetz benachteiligten kleineren sonstigen Parteien entgegen, denen das Ponikowski-Kabinett für die Wahlzeit ungünstig, aber ein neues Kabinett auf parlamentarischem Wege nicht erreichbar schien. Und Pilsudski ging in den Kampf. Es spricht indessen viel dafür, daß auch durch die Lösung der Krise die polnische Politik vor den Neuwahlen ihre „Linie" nicht finden wird, und daß der Machtkampf „Nationaldemokratie oder Pilsudski" vorher nicht wird entschieden werden können.

Sozialistischer Wahlsieg im Burgenland.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

⊙ **Wien**, 20. Juni.

In der durch den Friedensvertrag von Saint-Germain, Oesterreich angegliederten Provinz Burgenland fand am Sonntag die Wahl zur österreichischen Nationalversammlung statt. Die Wahl brachte insofern eine Ueberraschung, als die Sozialdemokratische Partei die große Majorität der Stimmen auf sich vereinigte und vier Mandate für die Nationalversammlung erzielte. An zweiter Stelle stehen die Christlich-Sozialen, die zwei Mandate erhielten. Je ein Mandat entfällt auf die großdeutsche Partei und auf die Bauernbündler. Die Großdeutschen hatten mit Rücksicht darauf, daß das Burgenland eine deutsche, agrarische Bevölkerung hat, mit einem Sieg gerechnet. Umso größer war ihre Enttäuschung. Die Sozialdemokraten hatten einen großen Wahlapparat aufgeboten. Die Ruhe wurde nirgends gestört. Gleichzeitig wurde die Wahl für den burgenländischen Landtag vorgenommen. Gewählt wurden 14 Sozialdemokraten, 13 Christlich-Soziale, drei Großdeutsche und drei Bauernbündler.

Frankreich und Belgien verhandeln mit den Russen.

Eine neue Situation im Haag.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Haag, 20. Juni.

Die Havas-Agentur versucht, in einer Depesche aus Paris das Einlenken Frankreichs bei der gestrigen Sitzung als Resultat der Besprechungen zwischen Lloyd George und Poincaré in London hinzustellen. Die Note des französischen Gesandten ist hier im Haag Punkt 1 Uhr übergeben worden, also in dem Augenblick der ersten Begrüßung zwischen Lloyd George und Poincaré in London. In Kreisen der Konferenz wird mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß es sich nur um ein Einlenken in bezug auf die Methoden, die in den Verhandlungen zu befolgen sind, handelt. Die Nachgiebigkeit, die gestern Frankreich in weitem Maße gezeigt hat, würde sich ebensogut mit dem Wunsche Frankreichs, positiv mitzuarbeiten, vertragen, wie mit der Absicht, die Konferenz scheitern zu lassen. Die Auffassung, daß Frankreich das letztere wünscht, besteht hier noch allgemein. Es wird aber darauf hingewiesen, daß Poincaré nach dem Mißglücken der Bankierberatungen in Paris allen Grund hat, nicht wenige Wochen danach noch einmal in derselben Rolle des rücksichtslosen Zerstörers vor der internationalen öffentlichen Meinung zu erscheinen.

Gestern abend hat nach Mitteilung eines Amsterdamer Blattes in Brüssel ein Kabinettsrat stattgefunden, der sich mit der Sitzung im Haag beschäftigte. Die belgische Regierung hat beschlossen, daß der belgische Sachverständige im Haag sich mit den Russen in Verbindung setzen soll. Während der gestrigen Sitzung traf ein Telegramm von Poincaré ein, in dem er mitteilte, daß der französische Sachverständige im Haag ebenfalls den Auftrag habe, mit den Russen sofort nach ihrer Ankunft zu sprechen. Das bedeutet eine Veränderung der französisch-belgischen Taktik gegenüber dem Verfahren in Genua. Es ist bekannt, daß **Belgien Frankreich darauf aufmerksam gemacht hat, es drohe ihm die Gefahr einer vollkommenen Isolation, und daß Belgien Frankreich nicht in diese Isolation zu begleiten wünschte.**

Ueber das Präsidium der Kommissionen hört man, daß England der Kommission für das Eigentum präsidieren wird, Frankreich der Kommission für die Schulden; der Kreditkommission wird entweder Italien oder ein mitteleuropäischer Staat präsidieren. Als Präsident der Hauptkommission und damit der Konferenz scheint Patejn, der frühere Generalsekretär des holländischen Auswärtigen Amtes, in Aussicht genommen zu sein. Patejn war auch in Genua Mitglied der holländischen Delegation. Es ist aber auch möglich, daß ein anderer neutraler Staat präsidieren wird.

Der Gewerkschaftskongreß in Leipzig.

Der zweite Verhandlungstag.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

B. S. Leipzig, 20. Juni.

Der heutige zweite Verhandlungstag wurde mit einer Begrüßungsansprache des inzwischen eingetroffenen Vertreters der französischen Gewerkschaften, **Jouhaux**, eingeleitet. Die Versöhnung zwischen deutscher und französischer Arbeiterschaft bestehe bereits seit mehr als zweieinhalb aJhren, weil die französischen Arbeiter erkannt hätten, daß, bevor die Diplomaten sich in der Reparationsfrage an den Verhandlungstisch setzten, zuerst die Proletarier beider sich zusammenfinden müßten. Ueber alle anderen Ziele der Arbeiterschaft gehe der Frieden der Welt.

Dann wurde in die Aussprache über den **Bericht des Bundesvorstandes** eingetreten. Zu diesem Punkt der Tagesordnung liegen verschiedene Anträge, namentlich aus den Kreisen der Opposition der Mißtrauensvotums für den Bundesvorstand au Metallarbeiter und Holzarbeiter vor, die die Erteilung eine Grund dessen Tätigkeit verlangen. Als erster Redner der Opposition erhielt der Kommunist Walcher von den Metallarbeitern das Wort. Die Ereignisse in München, Königsberg, Kassel und Hamburg, die zahllosen politischen Morde und das Wüten der Klassenjustiz, zeigen, wohin sich die Dinge in Deutschland entwickel hätten. Frecher als je zuvor träten die Kappisten auf. Die Einstellung der freien Gewerkschaften in die Frage der Erfüllungspolitik bedeute eine Gefährdung des Achtstundentages nicht nur fü die Arbeiter Deutschlands, sondern der ganzen Welt. Die Erfüllungspolitik, zu deren Garant sich der Bundesvorstand gemacht habe, verurteile nicht nur das deutsche Proletariat z einer Hungerkur, sondern habe auch die Arbeitslosigkeit in den übrigen Ländern zur Folge.

Die Getreideumlage.

Parteibesprechungen mit dem Ernährungsminister.

Heute mittag kurz nach 1 Uhr begann im Reichstag eine Besprechung des Reichsernährungsministers Fehr mit den Vertretern der Koalitionsparteien sowie der Bayerischen Volkspartei über die Frage der Getreideumlag Von den Demokraten nahm Abgeordneter Koch, vom Zentru die Abgeordneten Marx und Herold, von den Sozialdemokrat die Abgeordneten Müller-Franken und Krätzig, von der Bayrischen Volkspartei der Abgeordnete Bojahn teil. In parlamentarischen Kreisen ist man, wie schon gemeldet, d Auffassung, daß sich eine Mehrheit im Reichstage für die Fra der Getreideumlage finden wird. Jedoch dürfte die Regierungvorlage selbst noch gewisse Aenderungen erfahren. Ueber di Fragen der Aenderung wurde insbesondere in der heutigen Fraktionsitzung gesprochen. Die Sitzung dauert zur Stunde noch an.

Eine kostbare Gemäldesammlung gestohlen

Der Diebstahl einer großen Anzahl Gemälde, der bereits Ausbruch der Revolution im November 1918 verübt word ist, wird jetzt erst durch eine Bekanntmachung des Frankfur Polizeipräsidiums der Oeffentlichkeit wie folgt mitgeteilt: „ 8. und 9. November 1918 wurde aus einem Eisenbahnwagen 2. Gardedivision, der von Brüssel nach Deutschland gehen sollte u u. a. auch mit dem Eigentum deutscher Flüchtlinge beladen war, e Gemäldesammlung geraubt. Diese Sammlung enth u. a. das Porträt eines spanischen Infanten von Velasquez, z Werke von Rubens, „Die Entführung der Dejanira" und Porträt seiner Frau, einen Männerkopf von van Dyk, einen „Pa Veronese" von Adrian Brouwer und 24 andere Gemälde a Meister. Auf die Wiedererlangung der Gemälde wird eine Be nung von 1 Million Mark ausgesetzt."

Warmbrunn.

Von [Nachdruck verboten.]

Julie Elias.

Heute würde meine Freundin ihre Perlenkette ablegen. Sie sagte mir einst: „Für mich ist die große Hitze erst dann gekommen, wenn meine Perlen mir zu heiß werden." Monate, die wie Ewigkeiten sind, sehnt man sich nach Sonne, um hastig den Schatten aufzusuchen, sobald sie da ist. Um nach Regen zu seufzen, mit dem Landmann . . . Wir wandern am späten Abend über die verdursteten Felder zum Blockhaus, das ein großherrlicher Sinn für Gemeinnützigkeit in einen weiten Garten gestellt hat. Dunkle Gestalten bewegen sich schattenhaft, bücken sich zur Erde. Sie tauchen Gießkannen in den kleinen, träge gewordenen Zackenfluß und geben mitleidig dem Anger, den Pflanzen zu trinken. Tropfen auf heiße Steine, — von jeher Arbeit der Frau. Die das Kleinste emsig verrichtet, als sei es das Größte . . . Der bleiche, gewaltige Mond taucht alles in eine Stimmung poetischer Unwirklichkeit. Corot-Effektive: hohe, schlanke Bäume, wie in den Himmel hinaufgestrichen von dem alten Meister, oder im Hintergrunde scharf silhouettiert die Kämme des Riesengebirges wie die Ränder der Albanerberge auf seinen italienischen Landschaften.

Ich war nach Warmbrunn gekommen in der Absicht, alles Modische bis auf die Erinnerung zu vergessen. Warmbrunn — das bedeutet Residenz, Fabrikort, Villenstadt, Dorf. Indessen das moderne Fabrikwesen mit seinen steilen Schornsteinen verbirgt sich, beinahe ästhetisch, so sehr in kleine hochstrebende Waldpartien, daß es gar nicht mitspielt. Striche nicht manchmal ein dünner Hauch über die Baumkronen hin, so hätte man keine Ahnung, daß in dieser Idylle auch Zyklopenarbeit verrichtet wird. Eine Mode gibt es hier nicht, weil nur das Altmodische regiert. Diese kleine, verschlafene, residenzhafte Bäderstadt ist so himmlisch unmodern. Das Gewerbe regt sich in uralten, anheimelnden Formen: Glasschleiferei, Leinenweberei, Spitzenklöppelei . . . Alles erzählt von einstiger Herrlichkeit. Der Gräflich Schaffgotschsche Kurpark, der vor ungezählten Dezennien seinen klugen englischen Gartenmeister gefunden hat. Dieser Künstler gab im freien Wechsel von Baumgruppe und Wiese die schönsten Ausblicke in die blauenden Berge frei. Schinkel war der Urheber all dieser entzückenden Schlößchen, wie der „Gallerie", das heißt nur sein Geist; seine Hand selbst hat nicht mitgewirkt. Das zierliche Theater, das wie eine Hofbühne des Barock anmutet. Unzählige, halbverfallene Gasthöfe, die in den internationalen Tagen Warmbrunns die Bezeichnung Hotel führten. Bewohnt man aber solch ein Gasthaus, wie den „Preußischen Hof", so findet man ihn gar nicht ausgedient, vielmehr äußerst gemütlich und erquicklich, zumal es nichts Ermunternderes gibt als eine deutsche Küche, die auf der Höhe vergangener guter Tage steht.

Das versteckte Gebäude einer Bibliothek, durch die man staunend schleicht, wie durch die Bücherhallen alter Mönche. Die Gloires dieser Bücherei sind jene beiden berühmten Pilsner Rezesse, die Wallensteins Gemälde gegen den Kaiser an den Feldherrn banden, und jenes Richtschwert, womit Schaffgotsch, der Parteigänger Friedlands, zu Regensburg hingerichtet wurde. Die Rezesse, die der vierte Akt der „Piccolomini" zu so wichtigem dramatischen Werkzeug macht, hat man lange Zeit für eine poetische Erfindung Schillers gehalten, bis eines Tages die Originale aus dem Dunkel des Schaffgotschschen Familienarchivs hervortauchten. . . . Und die Badehäuser, die den größten Schatz Waanbrunns, seinen Quellenreichtum, bergen: sie sind untergebracht in den Annexen von Schloß und Klostergut. Da, wo nicht zufällig die Quellen entdeckt wurden. Auch hier scheint die Zeit still zu stehen. Keine einheitliche Zusammenfassung, keine moderne praktische Ausnützung. Sogar ein redlicher Klempnermeister hat auf seinem entlegenen Grundstück solch eine heilsame heiße Quelle und verkauft Bäder, wie er blecherne Kannen und Petroleumlampen verkauft.

In diesem Warmbrunn wird man zu einer Bescheidenheit erzogen, die glücklich macht. Man hält eine Art innerer Einkehr, wenn man hier auf Schritt und Tritt beobachtet, was unsere bedürfnislosen Voreltern unter „Eleganz" verstanden haben. Liest man in den Werken Karls v. Holtei und E. Th. A. Hoffmanns, so hat man den Eindruck, als begriffen sich die Epochen nicht mehr. Beide — Dichter wie fahrender Sänger — haben Bergreisen unternommen, die sie durch das erstaunliche „Luxusbad" Warmbrunn führten. An diesen Luxus kann man nicht recht glauben, wenn man die mehr als primitiven Herbergen betrachtet, in denen die Könige von Preußen und Sachsen, der schlesische Adel, die polnische Aristokratie einst gewohnt haben. Vielleicht haben der Hoffmann und der Holtei, der in Hirschberg gewohnt hat, weil es ihm im „Bade" zu teuer war, unter Luxus die Gelegenheit des Glücksspiels verstanden, die sich mit all ihren unbürgerlichen Wucherungen dem Besucher Warmbrunns offen und heimlich darboten.

Für den als zigeunernder Komödiant deklassierten Holtei war die Tätigkeit am Warmbrunner Schloßtheater, das übrigens vortrefflich von einer geschickten Prinzipalin namens Faller geleitet wurde, eine Lebensepoche. Warmbrunn ist ihm zugleich künstlerische Anerkennung und bürgerliche Rehabilitation geworden. Diese leichtentzündliche, warmherzige, launische Natur, bei dessen impulsiver und künstlerischer Lebensfreudigkeit man an unsern Björn Björnson zu denken hat, schildert in seinen „Vierzig Jahren" beweglich, wie er und seine Frau Julie nicht nur das Theater mit Kotzebues, Nestroys, der Birch-Pfeiffer und Holteis Stücken bis auf den letzten Platz füllten, sondern durch die Reize ihrer menschlichen Persönlichkeit auch die nationalen und klassenmäßigen Gegensätze überbrückten, indem sie, obwohl nur Histrionen, in die Kreise des polnischen wie des schlesischen Adels gerissen wurden und dort schließlich Versöhnungsfeste ar gierten.

E. Th. A. Hoffmann aber war ein Einsamer in Warmbr Die Natur schildert er in den fingierten Briefen der „Bergreise" in seinen „Serapionsbrüdern" mit freiem, dichterischem Hochgef für das Leben aber hatte er nur Worte dämonischer Verbissenh Das erste Mal war er hierher gekommen, um die unglückliche zu einer verheirateten Frau zu vergessen (1798), das andere (1818), um an den Quellen für den ermüdeten Körper Auffrisch zu holen. Er wurde hier nicht bloß von körperlichen Gebre sondern auch von vorübergehendem Spieltrieb geheilt: ein Origg von modischen Gecken hatte ihn verführt und ein anderer Spiele (der offenbar bereits über ein System à la Monte Carlo verf hat ihn bekehrt. Er hat die Empfindung, als hätte er mit di Sündengeld seine Seele dem Teufel verkauft, — doch die aufgeh Sonne bringt wieder den „Tag in seine Seele". Er hat nie gespielt. Der Gewinn selbst ist ihm aber nach eigenem Zugestän für seine Reisen sehr zu paß gekommen.

Es sind, wie man sieht, vor allem die Dichter, die dieses anmutige Tal lieben, und durch die Dichter, die hier oder in Nähe leben, wird Warmbrunn schließlich zeitgemäß. Von ihrem n Bergsitz kutschieren Gerhart Hauptmann und seine graziöse Sc herrin mit den Gazellenpferdchen oft durch die Alleen Warmbr zum Schloßplatz, um im Preußischen Hof bei den Freunden e kehren, und unser Hermann Stehr denkt und dichtet in se Mandlhause, das halb Farm, halb Buenretiro ist. Seine f geistig herrschende Persönlichkeit ist Stolz und Stütze Warmbr Und die regsam schaffende Hausfrau des Mandlhäuschens, di besten Streuselkuchen des ganzen Ländchens zu backen versteht

Z **Der Schutzverband der Bühnenangehörigen und Bühnengenossenschaft.** Der Verwaltungsrat der Genossen Deutscher Bühnenangehöriger hatte gestern eine Besprechung den Bezirksobmännern aus dem ganzen Reiche wegen des vor k neugegründeten Schutzverbandes der Bühnenangehörigen. Die zirksobmännerkonferenz erklärte, daß der Schutzverband ent seinen Veröffentlichungen eine den Bestand der Genossenschaft die Solidarität der deutschen Schauspielerschaft schwer gefähr Vereinigung sei. Eine Tätigkeit im Vorstande eines solchen bandes vertrage sich nicht mit den Pflichten eines Mitglied Genossenschaft. Die Bezirksobmännerkonferenz beantragte de beim Präsidium der Genossenschaft: Gegen die dem Vorstand Schutzverbandes angehörenden Mitglieder der Genossenschaft ist, sie einer befristeten Aufforderung zur Amtsniederlegung im S verband nicht nachkommen, das Ausschlußverfahren sofort einzul

Wissenschaftliche Nachrichten. Im Alter von 44 Jahren der ordentliche Professor der Kirchen-, Dogmen- und Missionsgeschi der Erlanger Universität D. Hermann Jordan.

Gegen die Verrohung der Polemik.

Klagen der „Kreuzzeitung".

Im Anschluß an die erregten Auseinandersetzungen in der Presse über den Erzberger-Mord hatte der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Hergt, gegen den verantwortlichen Redakteur der „Germania", des führenden Zentrumsorgans, Privatklage angestrengt. Das Amtsgericht Berlin-Mitte hat jetzt die Klage mit folgender Begründung zurückgewiesen:

„Die Privatklage wird auf Kosten des Privatklägers zurückgewiesen, weil der Privatkläger zur Erhebung der Privatklage nicht legitimiert erscheint. Die Deutschnationale Volkspartei und die deutschnationale Reichstagsfraktion, deren Vorsitzender der Privatkläger ist, gehört nicht zu den nichtphysischen Personen, welche passiv beleidigungsfähig im Sinne des Strafgesetzbuches sind. Daß der Privatkläger persönlich durch die zur Privatklage gestellten Artikel in Nr. 524, 525, Jahrgang 1921 der „Germania" beleidigt ist und beleidigt werden sollte, geht aus diesem Artikel zum mindesten nicht soweit hervor, um den Beschuldigten der ihm zur Last gelegten Straftat hinreichend verdächtig erscheinen zu lassen."

Die deutschnationale „Kreuz-Zeitung" findet diese gerichtliche Entscheidung überaus bedenklich und zwar deswegen, weil dann jede politische Partei straffrei in der übelsten Weise beschimpft und beleidigt werden könne. Diese Konsequenz dürfte, sagt das Blatt weiter, zu einer Verlumpung der politischen Moral und zu einer Verrohung des Tones in der politischen Polemik führen, die nicht nur allen Parteien unerträglich werden könne, sondern die auch die Autorität des Staates und der Regierung schwer zu schädigen vermöchten. Es ist merkwürdig, daß die deutschnationale Partei sich erst in dem Augenblicke gegen die „Verrohung des Tones in der politischen Polemik" wendet, wo sie angeblich selbst davon betroffen wird. Seit dem Zusammenbruch sind es aber gerade vorwiegend deutschvölkische und deutschnationale Blätter, also Organe der äußersten Rechten gewesen, die mit ihren immer neuen, persönlichen Anpöbeleien gegen die führenden Persönlichkeiten der Regierung und der Regierungsparteien die Pressepolemik auf einen Tiefstand haben sinken lassen, wie er früher nicht zu verzeichnen gewesen ist. Es scheint uns also, als ob diese Kreise am allerwenigsten Veranlassung haben, jetzt in dieser Hinsicht mit einemmal den Ankläger zu spielen.

Der Fall Stilke contra Ullstein.

Der Kampf um den Bahnhofsbuchhandel.

Seit mehreren Tagen bringen Blätter der verschiedensten politischen Richtungen Artikel über eine Differenz zwischen der bekannten Verlagsbuchhandlung Stilke und der Firma Ullstein u. Co. Wir haben bisher über die Angelegenheit geschwiegen, sehen aber nunmehr keine Veranlassung, den Wunsch des Herrn Stilke um Veröffentlichung des nachstehenden Briefes abzulehnen. Wir möchten auch jetzt noch im Interesse des Ansehens des deutschen Verlegerstandes wünschen, daß Herr Kommerzienrat Stilke sich irrt, wenn er dem Verlage Ullstein nachsagt, daß er zur Durchsetzung seiner privatwirtschaftlichen Ziele eine Pression mit der Macht der in seinem Verlage erscheinenden Blätter angedroht habe. Der Brief des Herrn Kommerzienrat Stilke lautet:

An die Redaktion des Berliner Tageblatts.

Sehr verehrte Redaktion!

Im Vertrauen auf Ihr Gefühl für Recht und Billigkeit möchte ich Ihre Zeitung für eine kurze Klarlegung in Anspruch nehmen.

Vor einigen Tagen wurde ich durch zwei Aufsätze in der „Vossischen Zeitung" überrascht, die den Titel „Das Bahnhofsmonopol" führten und gegen meine Firma gerichtet waren. Schon der Titel sollte eine falsche Vorstellung über ein angeblich Stilke'sches Monopol wecken, denn außer Berlin und Hamburg sind die größten Bahnhöfe (Breslau, Stettin, Bremen, Köln, Frankfurt a. M., Düsseldorf, Hannover, Magdeburg usw.) an andere Eisenbahnbuchhändler verpachtet, von Baden, Bayern, Sachsen, Württemberg ganz zu schweigen, wo die Bahnhofsbuchhandlungen auch in anderen Händen liegen.

Eigentlich war ich von diesem Angriff nicht ganz überrascht, denn es ist mir in verblümter Weise vorher angekündigt worden, und zwar am Tage vor dem Erscheinen des ersten Artikels durch Herrn Richard A. Müller, Direktor des Verlags Ullstein. Meine Firma, die ebenso wie der „Verein deutscher Bahnhofsbuchhändler zurzeit mit dem Reichsverkehrsministerium in Verhandlung steht, weil neue Richtlinien für die Festsetzung der Pachten aufgestellt werden, wurde eines Tages von Herrn Louis Ullstein zu einer Besprechung aufgefordert, in der Herr Ullstein Besorgnisse für das Wohl seines Verlages bei einer (übrigens gar nicht geplanten) zehnjährigen Vertragsdauer, äußerte. Vergebens suchte ich diese Besorgnisse durch die Feststellung zu zerstreuen, daß für den Absatz vor allem die Nachfrage, der Geschmack und Wille des kaufenden Publikums und nicht die Willkür des Händlers entscheidend sei. Herr Louis Ullstein wünschte Sicherheit. Ich erklärte mich bereit, Aktien seiner Firma zu übernehmen. Darauf erwiderte Herr Ullstein, seine Firma sei eine Familiengründung, meine leider kein Aktienunternehmen, sonst hätte man einfach Aktien austauschen können. In einer zweiten Besprechung (am Tage vor dem ersten Angriff), schlug mir Ullstein vor, 50 Prozent meines Berliner Geschäfts einer neu zu gründenden Gesellschaft zu überlassen, bei der Verleger, Autoren (und natürlich doch Ullstein selbst) vertreten sein sollen. Weder Autoren noch andere Verleger waren bei dieser Besprechung vertreten, noch — soweit ich erfahren konnte —, von dieser plötzlichen Gründung verständigt. Ich lehnte den Ullsteinschen Vorschlag, zur Hälfte abzudanken, ab. Die neue Gesellschaft, die Ullstein improvisatorisch schaffen wollte, lockte mich nicht. In diesem letzten Gespräch kündigte der Verlagsdirektor von Ullstein das Eingreifen seiner Presse an. Ich protestierte sofort gegen diese unzulässige Pression. Am nächsten Morgen erschien der Angriff in der „Vossischen Zeitung"!

Ich glaube, die Vorgeschichte dieses Angriffs ist interessanter, als der Angriff selbst. Sofern eine so entstandene und so einfach zu erklärende Attacke sachliche Erwiderung verdient, will ich nur bemerken, daß in den Stilke'schen Buchhandlungen Zeitungen aller Parteien und Bücher aller führenden Verleger verkauft werden. Wenn es Tageszeitungen gibt, die auch in meinen Kiosken wenig begehrt werden, so liegt die Schuld daran vielleicht nicht am Eisenbahnbuchhandel. Im übrigen ist meine Firma durchaus geneigt, den berechtigten Wünschen der Schriftstellervereinigungen und der Verlegerverbände entgegenzukommen. Ich bin gern bereit, organisatorische Maßnahmen in diesem Sinne gewissenhaft zu prüfen, da ich glaube, daß die Interessen beider Gruppen besser durch sie selbst als durch eine einzelne Verlagsfirma gewahrt werden, die sich dieses Protektorat selbst übertragen hat.

Es ist hier nicht der Ort, in die Details der Pachtbedingungen einzugehen. Nur eines darf ich feststellen, und diese Feststellung bin ich auch den Behörden schuldig, daß ich niemals irgendeine unstatthafte Vergünstigung bei irgendeiner Behörde empfangen habe.

Im Interesse einer freien Meinungsbildung bitte ich Sie, diese ungeschminkten Tatsachen nach Gutdünken zu publizieren, ich bin Ihnen für diese, wie mir scheint notwendige Veröffentlichung dankbar.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr sehr ergebener

Hermann Stilke,
i. Fa. Georg Stilke.

Die sächsische Regierung über die Teuerung.

Eine Denkschrift an die Reichsregierung.

Maßnahmen gegen die Preistreiberei.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

h. Dresden, 19. Juni.

Die sächsische Regierung hat soeben an die Reichsregierung und an den Reichsrat eine Denkschrift über die zunehmende Teuerung gerichtet. In der Denkschrift heißt es: „Die in den letzten Wochen sprunghaft sich steigernde Teuerung muß zweifellos alle verantwortlichen Stellen des Reiches und der Länder mit größter Besorgnis erfüllen. Eine solche Preissteigerung läßt sich keineswegs mehr durch den niedrigen Stand der deutschen Valuta rechtfertigen. Auch das ökonomische Gesetz von Angebot und Nachfrage reicht unter Berücksichtigung der heutigen Verhältnisse nicht aus, um solche Verteuerung zu erklären. Wenn auch keineswegs übersehen werden soll, daß der niedrige Kursstand der deutschen Mark, ferner der ständige Wechsel des Markkurses, die starke Nachfrage nach Waren von seiten der Konsumenten und ein im Zuge der Zeit gewordenes bedauerliches Luxusbedürfnis ein Anziehen der Preise nach sich ziehen könnte, so kann doch heute kaum noch bestritten werden, daß weite Kreise des Handels in unverantwortlicher Weise sich auf Kosten der Masse der Bevölkerung bereichern und für alle Waren Preise fordern, die keineswegs mehr in einem richtigen Verhältnis zu den Herstellungskosten zuzüglich der Steuerlasten und eines angemessenen Gewinnes stehen. Die ungeheure Teuerung der letzten Zeit ist durch keinerlei Lohn- und Gehaltserhöhung mehr völlig auszugleichen. Das bedeutet, daß eine beständige Herabdrückung der Lebensweise der wirtschaftsschwachen, nur auf Gehalt oder Lohnverdienst angewiesenen Menschen stattfindet. Der Unwille gegen eine solche ungerechtfertigte Belastung ist daher im Volke fast allgemein und droht sich bis zu einer Erregung zu steigern, die zu den schlimmsten Befürchtungen Anlaß gibt. Besonders ist das in so dicht bevölkerten Industriebezirken wie im Freistaat Sachsen der Fall. Wenn solche Gebiete trotzdem bisher ohne jede Gefahr für Ordnung und Sicherheit geblieben sind, so war das lediglich dem Umstand zu danken, daß seit Jahr und Tag eine wirtschaftliche Hochkonjunktur besteht, in der es nur eine ganz geringe Anzahl völlig Erwerbsloser gab. Es bestünde jedoch Veranlassung zu den schlimmsten Befürchtungen, wenn plötzlich die Hochkonjunktur nachgibt und die Zahl der Erwerbslosen wachsen würde. Selbst bei erhöhten Unterstützungssätzen wäre für die Masse der Arbeiter Erwerbslosigkeit und eine sündhafte Teuerung eine Unerträglichkeit. Die ungerechtfertigte Preistreiberei ist nicht mit Maßnahmen zu beseitigen, die sich nach der Methode der Kriegszeit in der Hauptsache gegen den Kleinhandel richten, obwohl feststeht, daß auch im Kleinhandel öfters noch unangemessene Gewinne erzielt werden. **Die Hauptschuld an der übermäßigen Preistreiberei liegt heute bei den Erzeugern in weiten Gebieten der Industrie und Landwirtschaft.** Um eine Herabsetzung der Endpreise zu erreichen, muß deshalb bei den Erzeugern angefangen werden, wobei aber auch dafür zu sorgen ist, daß dann, wenn eine etwaige Herabsetzung der Erzeugerpreise erreicht wird, diese auch wirklich dem Verbraucher zugute kommt und nicht etwa auf dem Wege bis zu dem Verbraucher zunichte gemacht wird."

Die Denkschrift befaßt sich dann in den einzelnen Kapiteln zunächst mit den Ursachen der Teuerung, dann mit der Steigerung der Lebensmittelpreise, wobei im einzelnen Abhilfemaßnahmen vorgeschlagen werden. Bezüglich des Zuckers wird die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft für Inlandzucker gefordert. „Ferner sind die Fabriken, die Schokolade und ähnliche Luxusgenußmittel erzeugen, ausschließlich auf den Bezug von Auslandszucker zu verweisen, solange nicht der Bedarf an Mund- und Nährzucker aus Inlandsvorrat genügend gesichert ist." Bezüglich des Fleisches wird gesagt, daß in erster Linie auf eine Preissenkung beim Viehhalter und insbesondere beim Viehhändler hinzuwirken ist. Es wird ferner eine ab und zu erfolgende Kontrolle der Viehhändler auf den Viehmärkten und eine Nachprüfung der von ihnen an die Viehhalter gezahlten Kaufpreise erwartet. Schließlich wird auch eine erschwerte Verteilung von Viehhändlerkarten empfohlen.

Bezüglich der **Kartoffeln** werden folgende Reformvorschläge gemacht: 1. das allerdings bisher vom Reiche abgelehnte Umlageverfahren; 2. möglichst gleichartige und gleichzeitige Notierung durch die Preisbildungsausschüsse; 3. Förderung des Abschlusses von Lieferungsverträgen seitens der Erzeuger und Verbraucherorganisationen, seitens des reellen Handels und der Großverbraucher; 4. Erwirkung der Einhaltung der notierten Preise durch energische Tätigkeit der Landes-, Provinzial- und Reichsprüfungsstellen.

Ueber die **Getreidepreise** sagt die Denkschrift: Die sächsische Staatsregierung sieht sich veranlaßt, die Reichsregierung dringend davor zu warnen, sich durch den Widerstand der Agrarier von der Erhebung einer genügend großen Getreideumlage abhalten zu lassen. Der Umstand, daß allein der Mehrertrag der Ernte im Jahre 1921 gegenüber dem Jahre 1920 größer war als die Gesamtmenge der im Jahre 1921—22 erhobenen Umlage, ist der beste Beweis dafür, daß das Umlageverfahren keineswegs ein erhebliches Opfer für die deutsche Landwirtschaft bedeutet."

Nachdem die Denkschrift eine Reihe von Beispielen übermäßiger Gewinne angeführt und dazu erklärt hat, „solche Industriegewinne berechtigen das Volk zur Erbitterung und zum größten Widerspruch", befaßt sie sich mit der Bodenspekulation und verlangt, daß durch eine reichsgesetzliche Bekämpfung dem **Bodenwucher** rechtzeitig vorgebeugt werde. Zum Schluß wird gesagt: „Die sächsische Staatsregierung darf vom Reichsrat und von der Reichsregierung erwarten, daß die in der vorliegenden Denkschrift geltend gemachten Gründe Beachtung finden müssen. Keineswegs darf die Reichsregierung die Dinge weiter so treiben lassen wie bisher. Unter den Nachwirkungen des Krieges und im Zeichen der Schwankungen der Mark ist unser deutsches Wirtschaftsleben in hohem Maße entartet. Ein **Schieber- und Wuchertum allerübelster Art** macht sich breit und zehrt am Marke der Bevölkerung. Es ist daher Pflicht der Reichsregierung, den Auswirkungen der freien privaten Wirtschaft die Bindung aufzuerlegen, die im ausschließlichen Interesse der Allgemeinheit nützlich ist. Die sächsische Staatsregierung will es nicht unterlassen, die Besorgnis auszusprechen, daß schwere soziale Erschütterungen und politische Wirrnisse dann entstehen können, wenn die Reichsregierung diese Pflichten nicht rasch genug erkennt und entsprechende Maßnahmen gegen Teuerung und Wucher trifft."

Die Weinlieferungen an Dr. Hermes im Ausschuß.

Vorwürfe gegen den Untersuchungsausschuß.

Erregte Auseinandersetzungen.

Der Ausschuß des Reichstags zur Untersuchung der gegen den Minister Dr. Hermes erhobenen Anschuldigungen hielt heute eine öffentliche Sitzung ab, in der Zeugen und Sachverständige vernommen wurden.

Vor Eintritt in die Beweisaufnahme wandte sich der Vorsitzende Abg. Dr. **Fischer** (Dem.) nachdrücklich gegen einen Artikel der „Freiheit" vom 17. Mai, in dem über die letzte Ausschußsitzung gesagt wird, sie habe gezeigt, daß die bürgerliche Mehrheit des Ausschusses gar kein Interesse an der Aufklärung der Dinge habe. Der Vorsitzende erklärte, der Zustimmung aller Mitglieder gewiß zu sein, wenn er diese Kritik und Angriffe energisch zurückweise.

Abg. **Dr. Hertz** (U.S.) betonte demgegenüber, auch der „Vorwärts" und große bürgerliche Blätter hätten nach dem Ergebnis der letzten Sitzung die Meinung geäußert, daß der Ausschuß sein Ansehen dadurch erschüttert habe, daß er eine Beweisaufnahme darüber ablehnte, ob es allgemein üblich sei, daß der Winzerverband auch anderen hervorragenden Staatsmännern Weine zu Vorzugspreisen liefert. Jetzt sei es notwendig, das Mißtrauen der Oeffentlichkeit gegen den Ausschuß dadurch zu beseitigen, daß die Beweisaufnahme über diese Frage doch noch zugelassen werde. Dr. Hertz erhob sodann gegen den vom Vorsitzenden als Sachverständigen geladenen Administrator Säuferheld den Einwand der Befangenheit, weil dieser von der Trierer Landwirtschaftskammer benannte Sachverständige führendes Mitglied des Winzerverbandes und Teilnehmer der Deputation gewesen sei, die am 18. Dezember die erhöhte Zuckerzuweisung für den Winzerverband durchgesetzt hat.

Der Vorsitzende Dr. **Fischer** wies dem Vorredner gegenüber darauf hin, daß der Ausschuß auf die Presseberichte über seine Verhandlungen keinen Einfluß habe. Der „Vorwärts" und andere Zeitungen hätten nur Kritik geübt, die „Freiheit" aber habe Beleidigungen gegen den Ausschuß vorgebracht, die wohl auch der Abg. Dr. Hertz nicht billige. Der Vorsitzende teilte weiter mit, daß die Staatsanwaltschaft im Prozeß Hermes gegen die „Freiheit" die Uebergabe der Untersuchungsakten beantragt habe.

Abg. Dr. **Rießer** (D. Vp.) schloß sich dem Vorsitzenden in der Zurückweisung der Angriffe der „Freiheit" an. Ob auch andere dasselbe getan haben wie Hermes, sei für die Beurteilung seines Falles gleichgültig. Aehnlich äußerten sich die Abgg. Dr. Semmler (Deutschnat. Vp.) und Dr. Leicht (Zentr.).

Ministerialrat **Eggbring** verwahrte sich gegen den Vorwurf der tendenziösen Berichterstattung über die letzte Ausschußsitzung.

Abg. Dr. **Hertz** (Unabh.) erläuterte den Artikel der „Freiheit" dahin, daß in ihm, wie gegen manche Gerichte der Vorwurf der Klassenjustiz, gegen den Ausschuß erhoben werde, ohne daß damit die persönliche Ehre der Ausschußmitglieder oder der Richter angetastet werde.

Vorsitzender Dr. **Fischer** stellte fest, daß er auch nach dieser Erklärung keinen Anlaß habe, von seiner scharfen Zurückweisung des „Freiheit"-Artikels irgend etwas zurückzunehmen.

Hierauf wurde in die Beweisaufnahme eingetreten und als erster Zeuge Regierungsrat **Diehl** (Reichsernährungsministerium) vernommen, der zur Zeit der Hermes-Affäre Referent im Ministerium war, ohne im Beamtenverhältnis zu stehen. Der Zeuge verwies auf die Protokolle über die Besprechungen der Winzervertreter mit dem Weinreferenten über die Zuckerzuweisungen vom 18. Dezember vorigen Jahres. Bei der Besprechung gab das Weinreferat zu, daß ein Bedürfnis auf stärkere Zuckerzuweisung bestand. Da aber von anderen Referenten darauf hingewiesen wurde, daß in anderen Bezirken Zuckerüberschuß bestand und Zuckerschiebungen vorgekommen waren, wurde vom Wein- und Zuckerreferat nur eine bessere örtliche Verteilung ohne Sonderzuweisung angeregt. Regierungsrat Dr. Jaffé wünschte aber aus politischen Gründen eine Sonderzuweisung für das besetzte Gebiet, und er drang damit auch durch. Der Zeuge erklärte, daß er in dieser Sonderzuweisung keine Begünstigung gesehen habe. Von dem Weinbezug des Ministers sei ihm damals weder amtlich noch privat etwas bekannt gewesen. Später habe er Anträge anderer Winzergruppen ebenso behandelt.

Minister Dr. **Hermes** erinnerte den Zeugen daran, daß auch Staatssekretär Huber den Vorschlag Diehl auf örtlichen Ausgleich für schwer durchführbar erklärt und deshalb die Sonderzulage empfohlen habe. Das sei für ihn, den Minister, neben den Ausführungen von Dr. Jaffé entscheidend gewesen. Der Zeuge bestätigte das.

Auf eine Frage des Abg. Busch (Zentr.) bestätigte der Zeuge, daß die Unterverteilung des Zuckers durch eine landwirtschaftliche Genossenschaft in Koblenz geschehen ist. Auf weitere Fragen des Abg. Hertz (U. Soz.) erklärte der Minister es für selbstverständlich, daß er, nachdem die Winzer und weitere Abgeordnete vorstellig geworden waren, selbst eingegriffen habe, um den Geschäftsgang zu beschleunigen.

Abg. Dr. **Hertz** (Unabh. richtete an den Zeugen die Frage, ob er seine im Protokoll wiedergegebene Bekundung, ihm sei nichts bekannt, was auf eine Begünstigung des Winzer-Verbandes durch den Minister schließen lasse, auch gemacht hätte, wenn ihm damals die Veröffentlichungen der „Freiheit" bekannt gewesen wären. Der Zeuge lehnte ein solches erturteil ab. Abg. Hertz Unabh.) antwortete, der Bruder des Zugen, der preußische Landtagsabgeordnete Diehl, der dem Zentrum angehört, habe ihm mit Rücksicht auf einen Antrag zum Etat des Ernährungsministeriums mitgeteilt, er Zeuge hätte ihn gefragt, ob es nicht zweckmäßig sei, dem Ernährungsministerium nachträglich mitzuteilen, daß er die im Protokoll vom 22. März niedergelegte Meinung nicht mehr aufrechterhalten könne.

Der Zeuge, Regierungsrat Dr. Diehl bestätigte das. Er habe in persönlichen Unterhaltungen allerdings Werturteile abgegeben, die natürlich nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt waren.

Minister Dr. **Hermes:** Ich muß dazu mitteilen, daß der Abg. Diehl seit Monaten den heftigsten persönlichen Kampf gegen mich führt. Er ist eines Tages plötzlich an mich herangetreten mit dem Wunsch, die konfessionelle Parität möge in meinem Ministerium berücksichtigt werden. Ich habe ihm damals schriftlich den Wunsch zu einer mündlichen Erörterung dieser Frage ausgesprochen. Er hat davon keinen Gebrauch gemacht, sondern mir einen ungehörigen Brief geschrieben, in dem er unter Hinweis auf Beförderungen in meinem Ministerium ausführte, es hätte gar keinen Zweck mehr, mit mir zu verhandeln. Seit dieser Zeit datiert sein Kampf gegen mich.

Regierungsrat Dr. **Diehl** bemerkte dazu, sein Bruder bekämpfe den Minister nicht aus persönlichen Gründen, sondern aus Gründen der Weltanschauung.

Als nächster Zeuge wird dann Geheimer Regierungsrat **Dr. Jaffé** vernommen, der während der Hermes-Affäre als Referent für Einfuhranträge aus dem besetzten Gebiet im Ministerium gewirkt hat.

Morgen voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgegend. Wärmer, zunächst vielfach heiter, bei mäßigen südlichen Winden. Nachher zunehmende Bewölkung und etwas Gewitterneigung.

Die neuen Fernsprechgebühren.

160 Prozent Teuerungszuschlag.

Neben den übrigen Erhöhungen der Posttarife treten am 1. Juli auch die Erhöhungen der Fernsprechgebühren für dringende und nichtdringende Gespräche in Kraft, für die ein Teuerungszuschlag von 160 v. H. festgesetzt worden ist. Danach wird das Gespräch von der öffentlichen Sprechstelle aus von drei Minuten Dauer bei fünf Kilometer Entfernung 1,30 Mark kosten, während das dringende Gespräch mit 3,90 Mark bezahlt werden muß. Das Gespräch des Teilnehmers wird statt 0,45 Mark 0,65 Mark Einzelgebühr kosten, das dringende Gespräch erhöht sich bei drei Minuten Dauer und fünf Kilometer Entfernung auf 1,95 Mark, neben der gleichfalls mit einem Zuschlage von 160 v. H. dachten Grundgebühr. Zur Erleichterung der Berechnung der Gebühren für die Ferngespräche hat das Reichspostministerium eine neue Gebührentafel herausgegeben, die sämtliche Gesprächsmöglichkeiten zur Gebührenerrechnung enthält und für alle Gespräche bis zur Dauer von 1 bis 15 Minuten und einer Entfernung von 1400 Kilometer enthält. Das teuerste Gespräch ist ein Fünfzehnminutengespräch nach der 18. Zone (1300 bis 1400 Kilometer), das vom 1. Juli ab 292,50 Mark kosten wird; das dringende Gespräch für gleiche Entfernung und Zeit würde 877,50 Mark kosten. Auch die Nebengebühren für andere Sonderleistungen werden erhöht: Die Gebühr für eine Auskunft und diejenige für die Streichung einer Gesprächsanmeldung beträgt 1,95 Mark, die Vertragsanmeldung 1,30 Mark, das XP-, V- oder N-Gespräch je 5,20 Mark für die erste Person, 2,60 Mark für jede weitere Person. Der gleiche Betrag wird auch für die Erstattung einer Rückmeldung als Gebühr gefordert werden.

Der Kindesmord in der Prenzlauer Straße. Das schwere Verbrechen, dem bekanntlich vor kurzer Zeit die kleine Dorothea Schmidt in der Prenzlauer Straße zum Opfer fiel, wird nun wahrscheinlich seine Aufklärung finden. Wie wir berichteten, richtete sich der Verdacht der Täterschaft auf den 29jährigen Kraftwagenführer Emil Kost, der am 17. Februar nach einem an versuchten Mord grenzenden Sittlichkeitsverbrechen an einem zehnjährigen Mädchen aus seiner Wohnung in der Swinemünder Straße 32 verschwand, um sich angeblich das Leben zu nehmen. Die Kriminalpolizei glaubte daran nicht, stellte auch fest, daß Kost noch wiederholt in Berlin gesehen worden war, und beobachtete ständig seine Frau. So ermittelten die Beamten der Mordkommission, daß die Frau in der letzten Zeit mit ihrem Manne wieder irgendwie in Verbindung stehen mußte, da sie wiederholt in der Richtung nach Zehdenick hinausgefahren war. Gestern abend nahmen Kriminalbeamte die Frau scharf ins Verhör. Jetzt gestand sie endlich, daß ihr Mann in Mildenberg bei Zehdenick in einer Ziegelei arbeite. Die Beamten fuhren nun mit ihren Beamten noch in der Nacht hinaus, ermittelten Kost, verhafteten ihn und brachten ihn nach Berlin ins Polizeigefängnis. Im Laufe des heutigen Tages wird er eingehend verhört werden.

Mißglückter Ueberfall auf einen Lohngeldtransport. Auf der Straße von Döllingen nach Plessa wurden, einem Privattelegramm zufolge, zwei Angestellte der Döllinger Kohlenwerke von zwei unbekannten Männern überfallen. Die Räuber hielten den Angestellten Revolver auf die Brust, entrissen ihnen eine Geldkassette mit 120 000 Mark Inhalt und bedrohten sie mit Erschießen, wenn sie sich verteidigten. Ein Gendarm, der die Verfolgung sofort aufnahm, konnte die beiden Verbrecher in einem Felde aufstöbern. Es kam zu einem regelrechten Feuergefecht, in dessen Verlauf sich der eine der beiden Täter selbst erschoß und der andere von dem Gendarmen schwerverwundet wurde. Das Geld ist bis auf zwei Lohnbeutel mit 4500 Mark wieder aufgefunden worden.

Das Ende der Lichtnot.

Bevorstehende Aufhebung der Bundesratsverordnung.

Die Bundesratsverordnung vom 11. Dezember 1916 über die Ersparnis von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln wird, wie amtlich mitgeteilt wird, in Kürze aufgehoben werden. Damit treten die reichsrechtlichen Bestimmungen über die Lichtreklame außer Kraft, die Zuständigkeit der Länder auf diesem Gebiete wird wiederhergestellt. Die Länder werden ihrerseits Anordnungen erlassen, um Auswüchsen in der Lichtreklame oder im sonstigen Beleuchtungswesen entgegenzutreten. Den beteiligten Kreisen wird empfohlen, aus diesem Grunde kostspielige Neuanlagen zu vermeiden, da deren Ausnutzung etwaigen späteren Verboten der Länder zuwiderlaufen oder solche nach sich ziehen könnte.

Der Mordprozeß Bessarabo.

Für beide Frauen Todesstrafe beantragt.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L. Paris, 20. Juni.

Im Prozeß Bessarabo verlangte der Generalstaatsanwalt das Todesurteil für Frau Bessarabo und ihre Tochter Frau Paula Jacques, gab aber gleichzeitig den Geschworenen zu erkennen, daß seit langer Zeit in Frankreich Frauen nicht mehr hingerichtet worden seien mit Ausnahme von einigen Landesverräterinnen während des Krieges. Heute spricht der Verteidiger de Moro Giafferi.

Verantwortliche Redakteure: für innere Politik: Erich Dombrowski-Berlin-Lichterfelde; auswärtige Politik: Josef Schwab-Berlin; für Lokales, Vermischtes, Gerichtszeitung und Sp[…] Arno Arndt-Wilmersdorf; für das Feuilleton: Erich Vogeler-Tegel; für den Rom[…] Fritz Engel-Schöneberg; für die Handelszeitung: I. V. Dr. Adolf Roeder-Berlin; für den übri[gen] Teil des Blattes: Albert Pilz-Charlottenburg; für die Inserate: Paul Grätz, Berlin-Lichterfe[lde]. Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin. Hierzu 1 Beiblatt.

Berliner Fonds-Börse 20. Juni. Stärker rückgängig. – Dollar ca. 318.

Im Einklang mit der schwachen Haltung der Kurse der ausländischen Zahlungsmittel kam von seiten des Publikums Material heraus, das nur auf einem teilweise nicht unerheblich ermässigten Niveau Aufnahme fand. Auch die Märkte der ausländischen Renten blieben von der allgemeinen Abschwächung nicht verschont.

Am Markt der „unnotierten Werte" wurden folgende Kurse genannt: Pomona 17000 B., Dt. Kolonialanteile 3600, Südsee Phosphat 1600, Salitrera Shares 32000 B., Sloman 19,380, Kaoko 180 G., Mansfelder 370, Ronnenberg 2000, Krügershall 680, Halle Kali 1275, Adler Kali 1200, Hannover Kali 950, Heldburg Vorz. 1300, Oswald 250, Fraureuth 1550, Benz 450, Stöwer 260, Grade Auto 275, Scheidemandel 1350, Chem. Zeitz 650—675, R. Wolf 620, Kabel Rheydt 580, Lichtenberger Wolle 525, Fleuder 640, Jul. Sichel 460, Becker Stahol 390, Frister u. Ross. mann 3200, Halbach 370, Textil Meyer 310, Karstadt 245, Meurer 210, Sächs. Tüll 1100 ex., Gummi Elbe 520, Schebera 370, Evaperator 390, Berlin Burger 350, Dt. Lastauto 225, Dt. Petroleum 1975, Dt. Erdöl 2150.

Im Verlaufe gaben die Kurse bei ganz unwesentlicher Geschäftstätigkeit weiter nach.

Gegen ½2 Uhr wurden folgende Kurse gemeldet: Phönix 1135, Gelsenkirchen 990, Dt. Luxemburg 955, Oberbedarf 770, Caro 580, Rheinstahl 960, Hohenlohe 665, Harpener 1785, A. E. G. 630, Rombacher 500, Sarotti 990, Dt. Petroleum 1975, Dt. Erdöl 2075, Ipu 2050.

Am Kassamarkt erfolgten teilweise ziemlich erhebliche Kursrückgänge.

Höher: Lothringer Cement 20, Eschweiler Bergwerk 35, Verein. Petroleum 25, Maximiliansau 30.

Niedriger: National Auto 15, Kammerichwerke 15, Keula Eisen 30, Koch Nähmaschinen 30, Görmes 25, Nordd. Eis 35, Hein, Lehmann 20, Gundlach 25, Piano Zimmermann 13, Reisholz Papier 31, J. P. Bemberg 20, Vogtländ. Tüll 21, Thörls Oelfabrik 30.

Kosciusko-Noten wurden mit 7,30, Auszahlung Warschau wurden mit 7,75 genannt.

Petersburger Internationale Handelsbank 141½, Russenbank 136¾—134.

Aus dem Auslande wurden gegen 11 Uhr folgende Kurse gemeldet: Amsterdam 0,81—0,81½, Zürich 1,64—1,65, Kopenhagen 1,46 bis 1,47, Stockholm 1,22—1,23, London 1407.

*

Bezugsrechte: Alfred Gronau 105, Bergmann 57, Buderius 88 + G., Deutsche Bk. 20 —, Hilpert Masch. 32¼, Kolbe u. Schüle 490, C. W. Kemp 180 + G., Humboldt Mühlen 500, Mannesmann 100, Mühle Rüningen 600, Ang. Wegelin 700.

Fortlaufend notierte Werte. (Ohne Gewähr.)

Einheitskurse (ohne Gewähr)

Die Bilanz der Orenstein & Koppel Akt.-Ges.

Grosse Bilanzflüssigkeit. — Das Wertberichtigungskonto.

Der jetzt im Druck vorliegende Geschäftsbericht der Orenstein & Koppel Akt.-Ges. erfordert einige ergänzende Darlegungen. Wenn in der Gewinn- und Verlustrechnung auf der Einnahmenseite der Geschäftsgewinn des Jahres 1921 mit nur 48,87 gegen einen Bruttowarengewinn von 148,70 Mill. M. im Vorjahre ausgewiesen wird und auf der Ausgabenseite Unkosten der Verwaltung mit 17 Mill. M. (i. V. Unkosten 136,23 Mill. M.) erscheinen, so ist ohne weiteres klar, dass es sich hierbei nicht um Rückgänge der erwähnten Posten, sondern um eine veränderte Art der Verbuchung handelt. Während im Vorjahre nämlich der Bruttowarengewinn ausgewiesen wurde und infolgedessen auf der Ausgabenseite auch alle Geschäftsunkosten aufgeführt wurden, sind für das Jahr 1921 erhebliche Teile dieser Unkosten bereits von den Warengewinnen gekürzt worden, und nur die Verwaltungsunkosten wurden auf der Debetseite der Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt. Ein Vergleich der betreffenden Posten mit dem Vorjahre ist dadurch naturgemäss unmöglich gemacht. Doch kann sowohl aus der Steigerung des Gesamtumsatzes von 1,00 auf 1,41 Milliarden Mark wie auch aus der Erhöhung des Reingewinns geschlossen werden, dass Warenerträge und Unkosten gegenüber dem Vorjahre gestiegen sind.

Die Erhöhung des Ueberschusses von 24,95 Mill. M. auf 45,38 Mill. M. hängt aber nicht nur mit einer Steigerung der Warengewinne zusammen, sondern auch mit einer beträchtlichen Erhöhung der Zinseinnahmen von 1,87 auf 15,50 Mill. M., während die Erträgnisse der Tochtergesellschaften mit 10,72 Mill. M. etwas niedriger ausgewiesen wurden als im Vorjahre (11,90 Mill. M.). Die Erhöhung der Zinseinnahmen dürfte offenbar im wesentlichen darauf zurückzuführen sein, dass die Gesellschaft im abgelaufenen Jahre ganz erheblich grössere Bankguthaben unterhielt als im Vorjahre. In der Bilanz vom 31. Dezember 1921 sind unter den Debitoren von 34,20 Mill. M. (i. V. 274,87) nicht weniger als 441,17 Mill. M. (117,74) Bankguthaben enthalten. Allerdings wurde ein Teil dieser flüssigen Mittel der Gesellschaft erst durch die letzte Kapitalerhöhung vom 5. November 1921 zugeführt. Da aber von den damals geschaffenen 60 Mill. M. neuen Stammaktien 30 Mill. M. zum Kurse von nur 107½ pCt. den Aktionären zum Bezuge angeboten wurden, die übrigen 30 Mill. M. zu dem gleichen Kurse von den übernehmenden Banken zur Verfügung der Gesellschaft gehalten wurden, da schliesslich auch die gleichfalls neu geschaffenen 8 Mill. M. 7proz. Vorzugsaktien zum Parikurse von der Deutschen Treuhandgesellschaft übernommen wurden, können der Gesellschaft neue Mittel aus der Kapitalerhöhung nur ungefähr im Paribetrage der Emission, also in Höhe von etwa 70 Mill. M. zugeflossen sein. Die darüber hinausgehende Steigerung der Bankguthaben um etwa 250 Mill. M. stammt nicht aus der Zuführung neuer Mittel, sondern aus dem Betriebe. Sie deutet darauf hin, dass der Status der Gesellschaft ganz unabhängig von dem Ertrage der Kapitalerhöhung am 31. Dezember 1921 ein ausserordentlich flüssiger war und erklärt ausserdem die Steigerung der Zinseinnahmen.

Die schon gemeldete Erhöhung der Abschreibungen von 3,78 auf 15,20 Mill. M. hängt im wesentlichen damit zusammen, dass die auf allen Anlagekonten ausser Grundstücken und Gebäuden sofort wieder völlig abgeschriebenen Zugänge im abgelaufenen Jahre wesentlich grösser waren als im Vorjahre. So betrugen zum Beispiel Zugang und Abschreibungen für Maschinen 6,28 (i. V. 1,73), für Eisenbahnanschluss 1,32 (i. V. 0,36) und für Werkzeuge 2,53 (i. V. 0,70) Mill. Mark. Auch auf dem Gebäudekonto, das einen Zugang von 8,77 Mill. M. (i. V. 0,63) erfuhr, wurden diesmal 4,74 (0,66) Mill. M. abgeschrieben. Der grösste Teil der bisherigen Ausgaben für die umfangreichen Neu- und Umbauten, deren Fertigstellung bis zum Frühjahr 1923 erwartet wird, scheint danach aus dem Jahresgewinne abgeschrieben zu sein, da in der Bilanz ein Neubaukonto nicht aufgeführt ist. Abgesehen von den Abschreibungen ist aber, nachdem das im Vorjahr geschaffene Wertberichtigungskonto in Höhe von 10 Mill. M. im Jahre 1921 verbraucht wurde, diesmal vor Feststellung des Rohüberschusses neuerdings ein Betrag von 20 Mill. M. dem Wertberichtigungskonto zugewiesen worden. Die Verwaltung bemerkt im Geschäftsbericht, dass diese Zuwendung aufs richtiger Bewertung des Gesamtunternehmens bei den jetzigen hohen Kosten aller Ersatzbeschaffungen sich als unbedingt erforderlich erwiesen hat. Daraus scheint hervorzugehen, dass die Gesellschaft, die dem Wertberichtigungskonto zugeführten Beträge ebenso wie die Abschreibungen zur Verringerung der Bilanzansätze für Ersatz- und Neubauten verwendet. Wir haben schon im Vorjahre ausgeführt, dass dafür in diesem Falle der Begriff Wertberichtigung des gesamten Unternehmens kaum zutreffend sein dürfte, da das gesamte Unternehmen, dessen Besitzanlagen heute mit ganzen 17,4 Mill. M. zu Buche stehen, nicht zu hoch bewertet sein und einer Wertberichtigung bedürfen würde, wenn noch 10 oder 20 Mill. M. Neuanlagen hinzukämen.

In der Bilanz sind weiterhin Waren mit 241,47 Mill. M. (77,94) ausgewiesen. Die Erhöhung des Warenbestandes gegenüber dem Vorjahre beruht laut Geschäftsbericht, abgesehen von der allgemeinen und speziellen Wertsteigerung auf der durch den gestiegenen Auftragsbestand bedingten Vergrösserung der Vorräte. Im Zusammenhang damit ist die Bemerkung des Geschäftsberichts von Bedeutung, dass sich bei der Gesellschaft im abgelaufenen Jahre nicht nur die Zahlenumsätze, sondern auch die Mengenumsätze erhöht haben. Eine Verringerung von 30,76 auf 21,36 Mill. Mark haben die Forderungen an Tochtergesellschaften und Auslandsfilialen erfahren. Es ist unverständlich, warum die Verwaltung im Geschäftsbericht, in dem sie für alle Veränderungen der Bilanzzahlen, auch für die geringfügige Erhöhung der Effekten von ... auf 3,27 Mill. M. ein erklärendes Wort hat, über diese doch ziemlich auffallende Verringerung der Forderungen an Tochtergesellschaften und Auslandsfilialen stillschweigend hinweggeht. Die Bemerkung, dass die Wiederaufrichtung der Exportorganisation im Berichtsjahre weitere Fortschritte gemacht habe, würde eher eine Erhöhung der genannten Forderungen verständlich machen.

Auf der Passivseite der Bilanz haben sich die Guthaben der Tochtergesellschaften und Auslandsfilialen von 15,16 auf 76,95 Mill. M. erhöht. Auch diese Veränderung bedarf der Erklärung. Die Guthaben der Beamten sind gleichfalls von 36,29 auf ...3 Mill. M. gestiegen, haben also einen Umfang erreicht, der ...st für die Finanzierung eines so grossen Unternehmens eine bemerkenswerte Rolle spielt und etwa den Eingängen aus der letzten grossen Kapitalerhöhung der Gesellschaft gleichkommt. Anzahlungen sind von 88,34 auf 188,33 Mill. M. und Kreditoren von 120,77 auf 243,76 Mill. M. gestiegen. Die Erhöhung dieser Summen ohne gleichzeitige entsprechende Steigerung der Warendebitoren stellt in Verbindung mit den erheblichen Gewinnen des Unternehmens den Gegenposten für die grosse Flüssigkeit der Bilanz dar.

Reichsbank. Der Ausweis der Reichsbank vom 15. d. Mts. zeigt, wie zur Monatsmitte üblich, ein Anschwellen der Kreditansprüche an die Bank. Die gesamte Kapitalanlage stieg beträchtlich, nämlich um 8319,5 Mill. M. auf 175 971,9 Mill. M.; die bankmässige Deckung allein wuchs um 8297,3 Mill. M. auf 175 658,4 Mill. M. Die sowohl vom Reich als von privater Seite beanspruchten Kreditbeträge wurden der Bank grösstenteils auf den Konten der fremden Gelder belassen; diese vermehrten sich um 8820,6 Mill. M. auf 36 831,7 Mill. M. Dass die Zunahme der fremden Gelder über die Steigerung der Anlage der Bank noch hinausgeht, hängt u. a. damit zusammen, dass die bei den Reichsdarlehnskassen in der zweiten Juniwoche aufgenommenen Darlehnsbeträge, die zur Gutschrift auf Girokonten bei der Reichsbank gelangten, teilweise dort verblieben. Die Abflüsse neuer Zahlungsmittel in den Verkehr liessen wie im Mai um die Mitte des Monats nach. Der Banknotenumlauf erhöhte sich um 430,4 Mill. M. auf 155 345,3 Mill. M., während der Umlauf an Darlehnskassenscheinen um 149,5 Mill. M. auf 9390,6 Mill. M. zurückging. Für beide Geldzeichen zusammen ergibt sich also per Saldo eine Neuausgabe von 280,9 Mill. M. gegenüber Abflüssen in Höhe von 491,3 Mill. M. in der Vergleichszeit des Jahres 1921. Die Darlehnskassen hatten wiederum erheblichen Darlehnsansprüchen zu genügen. Ihr Darlehnsbestand nahm um 3033,1 Mill. M. auf 18 656,3 Mill. M. zu.

✱ **Der Rückgang der französischen Franken am Weltmarkt.** Von der gestrigen Pariser Börse wird ein Rückgang der französischen Valuta gemeldet. Das englische Pfund Sterling, dessen letzte Notiz am 16. Juni noch 50,89 Fr. gelautet hatte, zog auf 51,56 Fr., der amerikanische Dollar von 11,38 Fr. auf 11,70 Fr. an. Die Bedeutung der Meldung tritt erst hervor, wenn wir uns die Kurve einmal genauer ansehen, die die Bewertung der französischen Franken am Weltmarkt in der letzten Zeit eingeschlagen hat. Indem wir den Pariser Notierungen des Pfund Sterlings und Dollars folgen, ergibt sich seit Ende Mai das nachstehende Bild:

	engl. Pfd. Sterl. Fr.	amerik. Dollar Fr.
30. Mai	48,695	10,945
31. Mai	48,795	10,955
1. Juni	48 90	10,985
6. Juni	49,315	10,96
8. Juni	49,36	10,97
9. Juni	49,64	11,05
12. Juni	50.42	11,21
13. Juni	50,64	11,29
14. Juni	50.90	11.40
16. Juni	50,89	11,38
19. Juni	51,565	11,70

Dass die Rückwärtsbewegung der französischen Valuta, die in der vorstehenden Steigerung der ausländischen Devisen an der Pariser Börse zutage tritt, auf das Scheitern der internationalen Anleiheverhandlungen zurückzuführen ist, kann gar keinem Zweifel unterliegen. Langsam, aber sicher, geht es seit den Tagen abwärts, in denen das internationale Annleihecomité seine Tätigkeit abgebrochen hatte. Auch auf wirtschaftlichem Boden stellen cish nunmehr also immer deutlicher die Nachteile ein, die die starrsinnige Politik Poincarés für Frankreich notwendigerweise nach sich ziehen muss.

✱ **Abschluss des deutsch-belgischen Markabkommens.** Wie wir erfahren, ist nunmehr der Abschluss über die in belgischen Händen ruhenden 6 Milliarden Reichsmark tatsächlich zustande gekommen. Es sollen 4 Milliarden zum Kurse von 1,25 für die Mark eingelöst werden, während die restlichen 2 Milliarden von seiten Belgiens im freien Verkehr verwendet werden sollen. (Für diese 2 Milliarden war nach den belgischen Vorschlägen ursprünglich ein Einlösungskurs von 0,25 vorgesehen.) Die genauen Einzelheiten, über die die deutsche Presse nach belgischen Blättern zu berichten wusste, liegen beim Finanzministerium noch nicht vor. Die deutschen Unterhändler sind aus Brüssel noch nicht zurückgekehrt.

✱ **Keine Verhandlungen mit den englischen Farbstoffinteressenten.** Die Tatsache, dass die „Britische Farbstoff-Corporation", bei der die englisch eRegierung mit 1¾ Mill. Pfd. Sterl. beteiligt ist, im dem am 31. Oktober 1921 abgelaufenen Geschäftsjahr einen Verlust von über 1 Mill. Pfd. Sterl. erlitten hat, veranlassten die „Times" in ihrem Citybericht, von der britischen Regierung zu fordern, Schritte zu unternehmen, um von Deutschland Informationen über technische Erfahrungen zu erlangen, die als Reparationsleistungen in Rechnung gestellt werden sollten. Es handelte sich dabei um solche technische Erfahrungen, die England in den Stand setzen würden, seine Farbenindustrie auf einer einträglichen Grundlage zu stellen. In englischen Blättern, vor allem solchen des Northcliffe-Konzerns, wurde dann in sensationeller Weise berichtet, es schwebten zwischen Deutschland und Ergland Verhandlungen über eine Auslieferung der Fabrikationsmethoden der deutschen Farbenindustrie gegen Nachlass eines Teils der deutschen Reparationsverpflichtungen. — Wie der „United Telegraph" erfährt, ist weder in industriellen noch in anderen deutschen Kreisen irgendetwas von solchen Verhandlungen bekannt und es besteht auch Grund zu der Annahme, dass derartige britische Verhandlungswünsche, selbst wenn sie bei der deutschen Regierung in die Wege geleitet worden wären, nicht zu einem Ergebnis geführt haben würden.

Die Holzverkohlungs-Industrie Akt.-Ges. in Konstanz erzielte im Geschäftsjahr 1921/22 nach 22,816 Mill. M. (i. V. 11,919 Mill. Mark) Gesamtunkosten und nach 0,575 Mill. M. (0,357) Abschreibungen einen Ueberschuss von 12,955 Mill. M. (10,766), aus dem 20 pCt. (15) Dividende sowie ein Bonus von wieder 5 pCt. auf das unveränderte Stammaktienkapital von 40 Mill. M. zur Ausschüttung gelangen sollen. In der Bilanz stehen Kasse, Bankguthaben und Wechsel mit 20,016 Mill. Mark (40,860), Debitoren mit 108,125 Mill. M. (30,514), Vorräte mit 24,451 Mill. M. (18.597), Effekten mit 10,553 Mill. M. (2,047), ferner Kreditoren mit 103,781 Mill. M. (35,094) zu Buch. Im Geschäftsbericht teilt die Verwaltung mit, dass sich die Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr an der Atlas Akt.-Ges., Chemische Fabrik, Mölkau bei Leipzig beteiligt habe. Die Fabrik sei gut beschäftigt und dürfte die auf sie gesetzten Hoffnungen erfüllen. „Ferner haben wir," so heisst es weiter im Geschäftsbericht, „die Mehrheit der Aktien der Chemischen Fabrik von J. E. Devrient Akt.-Ges., Zwickau i. S., erworben, deren Gewinnergebnis für 1921/22 mit 15 pCt. Dividende in unserer vorliegenden Bilanz enthalten ist. Der Gegenwert der erworbenen Aktien erscheint als Zugang auf Effektenkonto. Die Holzversorgung bereitet infolge der Brennstoffnot erhebliche Schwierigkeiten. Trotz Vorstellung bei den Behörden ist es uns bisher nicht gelungen, das zur Aufrechterhaltung unserer Betriebe notwendige Holz in vollem Umfang aufzukaufen. Im übrigen sind die Aussichten für das neue Geschäftsjahr nicht ungünstig.

✱ **Braunkohlen- und Chemische Industrie Akt.-Ges.** Das erste Geschäftsjahr schliesst ab mit einem Verlust von 58 207 M., der zum Vortrag gebracht wird. In der Bilanz erscheinen Effekten mit 3,32 Mill. M., Hypotheken mit 2,1 Mill. M., Debitoren mit 2,1 Mill. M., darunter Bankguthaben mit 1,58 Mill. M., Kreditoren mit 34 000 M.

✱ **Akt.-Ges. Deutsche Kaliwerke.** Das Geschäftsjahr 1921 erbrachte einen Rohgewinn von 61,05 (23,18) Mill. M. Unkosten beanspruchten 10,22 (3,80) Mill. M., Anleihezinsen 1,28 (1,07) Mill. M., Verpflichtung aus Schuldscheindarlehen 25 (4) Mill. Mark, Werkerhaltung wieder 7 Mill. M. Aus dem Ueberschuss von 20 (8,08) Mill. M. werden auf das erhöhte Aktienkapital 20 (8) pCt. Dividende gezahlt, dem Wohlfahrtsfonds 2,5 (0,5) Mill. Mark überwiesen und 2,40 (2,47) Mill. M. vorgetragen.

Im Geschäftsbericht heisst es u. a.: Die weitgehenden Erwartungen der Franzosen auf den Auslandsabsatz der elsässischen Kaliwerke haben sich nicht erfüllt, die elsässische Industrie musste bei gefüllten Lagern zu erheblichen Betriebseinschränkungen übergehen. Der deutschen Kaliindustrie war es möglich, grössere Chlorkalimengen nach Frankreich einzuführen; daraufhin wurde der Einfuhrzoll nach Frankreich verzehnfacht. In Spanien wurde die Förderung von Kalisalzen begonnen. Ueber die Bedeutung der neuen Konkurrenz für den Weltmarkt lässt sich noch nichts Endgültiges sagen. Nach den nordischen Staaten und Holland war der Absatz zufriedenstellend. Nach Polen wurde Kali nicht ausgeführt. Inzwischen sind die ersten Lieferungen im Austausch für Kartoffeln erfolgt. Die Zweigniederlassung des Kalisyndikats in Oesterreich hat zufriedenstellend gearbeitet. Die Ueberseeländer haben mit Bezügen wieder begonnen. Die Aufnahme der alten Geschäftsbeziehungen in den Vereinigten Staaten lässt auf eine normale Entwicklung des Absatzes dorthin hoffen. Die Erzeugung von Kali aus den Salzseen ist eingestellt. Gegen die beabsichtigte Einführung von Kalizöllen durch den Fordney-Tarif erheben Farmer und Händler starken Widerspruch. Die elsässischen Werke der Deutschen Kaligesellschaft befinden sich noch in Zwangsverwaltung.

In der Bilanz erscheinen Bestände mit 15,74 (18,20) Mill. M., Beteiligungen um den Wert der erworbenen Anteile Heldrungen I und II, Walter, Grossherzog Wilhelm Ernst und Hedwigsburg von 29,68 auf 63,47 Mill. M. erhöht, Guthaben bei Tochtergesellschaften belaufen sich auf 84,17 (60,34) Mill. M. sonstige Schuldner auf 97,19 (16,75) Mill. M. Die gesetzliche Rücklage wurde auf 43,47 (19,81) Mill. M. gebracht, Gläubiger sind mit 132,22 (69,81) Mill. M. und Schulden bei Tochterwerken mit 4,99 (1,26) Mill. M. bewertet.

✱ **C. A. F. Kahlbaum G. m. b. H. Chemische Fabrik, Adlershof.** Die Anteile der Gesellschaft, deren Stammkapital 4 Mill. Mark beträgt, befinden sich, wie uns mitgeteilt wird, entgegen unserer gestrigen Mitteilung sämtlich in Händen der C. A. F. Kahlbaum Akt.-Ges., die somit die Verkäuferin gegenüber der Oberschlesischen Kokswerke Akt.-Ges. ist.

Rotophot Akt.-Ges. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 20 pCt. fest und beschloss die Erhöhung des Aktienkapitals um 2 Mill. M auf 6 Mill. M. ab 1. Januar 1922 dividendenberechtigte Stammaktien und um 1 Mill M. 6proz., ebenfalls ab 1. Januar 1922 dividendenberechtigte Vorzugsaktien mit begrenztem vierfachem Stimmrecht. Die neuen Stammaktien werden von einem Konsortium unter Führung der Commerz- und Privatbank zum Kurse von 200 pCt. übernommen mit der Verpflichtung, hiervon einen Teilbetrag von 1,5 Mill. M. den bisherigen Aktionären im Verhältnis 2 : 1 zum Kurse von 220 pCt. zum Bezuge anzubieten. Von den restlichen 500 000 M. werden 100 000 M. zur Verfügung des Vorstandes gestellt, während 400 000 M. zur bestmöglichsten Verwertung für die Gesellschaft dienen sollen. Die neuen Vorzugsaktien werden zum Parikurse ausgegeben. Die Verwaltung teilte mit, dass die Umsatzziffern bis Ende Mai d. J. nicht unwesentlich höher wären als die des ganzen abgelaufenen Geschäftsjahres. Für die nächsten Monate lägen Aufträge vor.

✱ **Glückaufbrauerei Gelsenkirchen.** Der Aufsichtsrat hat beschlossen, der Generalversammlung die Erhöhung des Aktienkapitals um 3 600 000 M. auf 7 500 000 M. vorzuschlagen. Die neuen A9ktien sollen von einem Konsortium übernommen und von diesem den Stammaktionären im Verhältnis von 1 : 1 zum Bezuge angeboten werden.

✱ **Zementpreiserhöhung.** Infolge der Mehrausgaben für Material, Löhne usw. tritt mit Genehmigung des Reichswirtschaftsministeriums mit Wirkung ab 20. Juni eine Erhöhung der Zementpreise um 860 M. für je 10 000 kg in Kraft.

✱ **Eine neue französische innere Milliarden-Anleihe.** Nach Ankündigung des Finanzministeriums erfolgt am 26. Juni durch den Crédit National die Emission einer neuen Anleihe in Höhe von 3 200 000 000 Fr. Die Ausgabe erfolgt in Stücken von 500 Fr. zum Kurse von 498,50 Fr. Die Anleihe ist mit 6 pCt. verzinslich und bleibt steuerfrei. Die Obligationen sind rückzahlbar nach Wahl des Inhabers im Juli 1925 zu 500 Fr. oder im Juli 1940 zu 530 Fr. Dem Crédit National bleibt das Recht vorbehalten, im Juli 1934 die Anleihestücke zum Kurs von 515 zurückzuzahlen.

⊙ **Weiter rückgängige Effektenkurse — Dollarkurs 321 à 317.** Im Zusammenhang mit dem Abbröckeln der Devisenkurse konnte sich auch die Tendenz am Effektenmarkt nicht behaupten. Zu Beginn traten am Markt der fortlaufend notierten Papiere folgende grössere Kursveränderungen ein:

Bochumer (— 35), Buderus (— 50), Essener Steinkohlen (— 38), Hoesch (— 60), Hohenlohe (— 45), Kattowitzer (— 75), Laura (— 75), Mannesmann (— 60), Phönix (— 31), Oberbedarf (— 31), Deutsche Kali (+ 25), Kali Aschersleben (— 35), Anglo Guano (— 30), Köln-Rottweiler (— 40), Akkumulatoren (— 30), Hannoversche Waggon (— 45), Augsburg-Nürnberg (— 50), Berliner Maschinen (— 50), Deutsche Waffen (— 46), Hartmann (— 49), Karlsruher Maschinen (— 45), Deutsche Kabel (— 31), Lorenz (— 30), Hammersen (— 40), Nordd. Wolle (— 65), Feldmühle (— 40), Basalt (— 35), Oesterr. Staatsbahn (— 35).

Der Dollarkurs, der heute vormittag bereits auf 320 à 321 (gestern abend 329) gesunken war, ermässigte sich an der Börse weiter auf ca. 317. Heute morgen wurden ferner genannt: Holland mit 12 200 bis 12 300, England mit 1410 bis 1417½, Frankreich mit 2750 bis 2770 und Italien mit 1530 bis 1540. Im Verlaufe senkte sich das Kursniveau noch weiter. In schwacher Haltung verkehrten u. a. Kattowitzer Bergbau, die auf 1360 zurückgingen. U. a. waren auch mexikanische Staatsanleihen nach ihren letzttägigen Kursgewinnen erheblich niedriger. Am Geldmarkt war tägliches Geld immer noch knapp und musste mit 4½ pCt. und darüber bezahlt werden. Der Kassamarkt verkehrte in überwiegend schwächerer Haltung. — Der Dollarkurs erholte sich später auf etwa 319.

✱ **Amsterdam,** 20. Juni, 10 Uhr 34 Min. vorm. (Privat-Telegr. der Rotterdamschen Bankvereeniging.) London G. 11,465, B. 11,475, Berlin G. 0.8075, B. 0,8175, Wien G. 0,070, B. 0,090, New-York Kabelauszahlung G. 261,25, B. 262, Paris G. 22,275, B. 22,35, Brüssel G. 21,275, B. 21,35, Kopenhagen G. 55,25, B. 55,50, Kristiania G. 43,50, B. 43,70, Stockholm G. 66,40, B. 66,60, Zürich G. 49,25, B. 49,35.

✱ **Wechselkurse in Südamerika.** (Tel. d. D. Ue. B., Berlin.) Valparaiso, 17. Juni. London 90 T. S. 34,90 Pesos = 1 Pfd. Sterl., Berlin Kabelzahlung 2,55 Centavos = 1 M., New-York Sicht 7,96 Pesos = 1 USA-Doll. — Rio de Janeiro, 17. Juni. London 90 T. S. 7 15/32 d. = 1 Milreis, Berlin Sicht 23½ Reis = 1 Mark, New-York Sicht 7 Milreis 270 Reis = 1 USA-Doll.

✱ **Uebersee-Wechselkurse der D. S. B.** Buenos Aires, 19. Juni. Kabelauszahlung Deutschland: 263 M. = 1 Goldpeso. Kabelauszahlung New-York: 100 USA-Doll. = 124,50 Goldpesos. — Rio de Janeiro, 19. Juni. Kabelauszahlung Deutschland: 43,50 M. = 1 Milreis, Kabelauszahlung New-York 1 USA-Doll. = 7 Milreis 360 Reis.

Ruberoidwerke Akt.-Ges., Hamburg: wieder 12 pCt. Dividende neben einem Bonus von wieder 125 M. pro Aktie.

✱ **Berliner Produktenverkehr.** Günstigere Hoffnungen für die politische Lage, über deren Begründung hier nicht gestritten werden soll, boten den Anlass zu einem kräftigen Rückschlage des Dollars. Gestern nachmittag fand noch bei hohem Devisenstande ein ziemlich ansehnlicher Umsatz im Produktenhandel statt, und im Anschluss daran zeigten sich auch noch heute teilweise verhältnismässig hohe Forderungen. Da die Tendenz hier aber schwächer war und die Kauflust niedrigere Gebote machte, so schränkte sich der Verkehr ein, und die bezahlten Preise erreichten nicht den gestrigen Stand. Weizen war nur mässig offeriert, während beim Roggen es wieder nicht an ansehnlichen Angeboten fehlte, die indessen nicht rentierten. Für Gerste hält die Kauflust besonders der Röstereien an. Hafer wurde zu etwas billigeren Preisen vorsichtiger gehandelt, und auch Mais stellte sich, obwohl die Cifforderungen unverändert lauteten, in Waggonware niedriger. Im Mehlgeschäft waren Käufer vorsichtiger.

Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Börse pro 50 kg ab Station: Weizen, märkischer 785—795, in einem Falle 805 ab Crossen, Ruhig. Roggen, märkischer 592—597, pommerscher 590—593. Matter. Sommergerste 698—715. Behauptet. Hafer, märkischer 638—648, vorpommerscher 628—638. Matt. Mais ohne Provenienzangabe prompt 532 bis 535 ab Hamburg, loko ab Speicher 568—572. Matt. Weizenmehl pro 100 kg 1975—2120, feinste Marken über Notiz bezahlt. Still. Roggenmehl pro 100 kg 1475—1575. Ruhig. Weizenkleie 445—455. Unverändert. Roggenkleie 450—460. Unverändert. Raps 1250—1300. Unverändert. Leinsaat 1250—1300. Unverändert. Erbsen, Viktoria 700—725, kleine Speiseerbsen 596—610, Futtererbsen 570—590, Peluschken 570—590. Ackerbohnen 570 bis 590. Wicken 660—720. Lupinen, blaue 505—535, gelbe 680—725. Rapskuchen 490—550. Leinkuchen 800—830. Trockenschnitzel 400—410. Vollwertige Zuckerschnitzel 550—600.

Die amtlichen Notierungen am Frühmarkt waren loko frei Wagen oder ex Waggon pro 50 kg: Hafer 683—685 M., Mixedmais 570—575 M.

Kartoffelnotierungen (amtlich) pro 50 kg Erzeugerpreise ab märkischen Stationen: Speisekartoffeln, weisse und rote 100—105 M. Frühmarkt geschäftslos.

Rauhfutter. (Nichtamtlich.) Grosshandelspreise pro 50 kg ab Station: drahtgepr. Roggen- u. Weizenstroh 135—145 M., desgl. Haferstroh 135—145 M., bindfadengepr. Roggen- u. Weizenstroh 125—140 M., gebünd. Roggenlangstroh 140—150 M., loses u. gebündeltes Krummstroh 100—120 M., Häcksel 175—190 M., handelsübl. Heu 265—290 M., gutes Heu 290—315 M.

Metallpreise in Berlin (für 100 kg in M.)	20. Juni	19. Juni
Feststellung der Vereinigung für die deutsche Elektrolytkupfernotiz:		
Elektrolytkupfer wire bars	10014	10285
Notierungen der Berliner Metallbörse:		
Raffinadekupfer, 99—99,3 pCt. Juni	8550—8600	8700—8750
Originalhüttenweichblei	8450—8500	3500—3550
Originalhüttenrohzink, Preis im freien Verkehr	8800—3850	8850—3900
Originalhüttenrohzink (Preis d. Zinkhüttenverb.)	4017	3996
Remelted-Plattenzink v. handelsübl. Beschaffenh.	3100—3200	3100—3200
Originalhüttenaluminium, 98—99 pCt., in Blöcken, Walz- oder Drahtbarren	12300	12700
desgl. in Walz- oder Drahtbarren, 99 pCt.	12550	12950
Banka-, Straits-, Australzinn in Verkäuferswahl	21600—21800	21900—22100
Hüttenzinn, mindestens 99 pCt.	21200—21400	21600—21800
Reinnickel, 98—99 pCt.	20000—20500	20800—21300
Antimon-Regulus	3200—3250	3250—3300
Silber in Barren, ca. 1000 fein	6775—6825	6850—6900

✱ **Wollversteigerungen** des Wollverwertungsverbandes Deutscher Landwirtschaftskammern, Berlin. Die achte diesjährige Wollversteigerung findet in Hannover am 30. Juni (Beginn vorm. 9 Uhr) im grossen Saale des alten Rathauses statt. Es kommen etwa 2500 Ztr. Schmutzwollen unter den Hammer.

✱ **Auslandszucker.** (Mitgeteilt vom Deutschen Zuckerexportverein zu Magdeburg und vom Verein Deutscher Zuckergrosshändler zu Magdeburg.) Die Stimmung am heutigen Markt war unverändert bei etwas gebesserter Markwährung. Für Ankunft nächster Tage cif deutscher Seehäfen wurden 22/7½ das cwt. ausschliesslich Verbrauchsabgabe gefordert. Für im Juni eintreffende Ware lauteten die Forderungen auf 4,40 Cts. das lb.

✱ **Umrechnungskurse für die Ausfuhrabgabe** nach dem Stande vom 19. Juni 1922, gültig für die Zeit vom 21.—27. Juni 1922. Holland 10200, Buenos Aires P. 93, G. 220, Belgien 2200, Norwegen 4500, Dänemark 5600, Schweden 6700, Finnland 570, Italien 1300, England 1200, Amerika 270, Paris 2300, Schweiz 5000, Spanien 4100, Neu-Wien 2, Prag 510, Budapest 28, Bulgarien 180, Rumänien 170, Jugoslawien 340 (für 100 Dinare), Luxemburg 2200, Jokohama 130, Rio de Janeiro 36. — Ueber London ermittelte Kurse: Athen 1100, Lissabon 1900, Alexandrien 1200, Valparaiso 3100

A. Riebeck'sche Montanwerke Aktiengesellschaft zu Halle an der Saale.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden zu der am **Donnerstag den 13. Juli 1922, mittags 12 Uhr,** zu Halle a. S., im Hotel „Stadt Hamburg" stattfindenden

39. ordentlichen General-Versammlung

eingeladen und für den Fall ihrer Teilnahme ersucht, ihre Aktien oder den Hinterlegungsschein eines deutschen Notars, der Reichsbank, der Seehandlung — (Preussische Staatsbank) —, der Bank des Berliner Kassenvereins in Gemässheit des § 20 des Statuts — also **bis spätestens Montag, den 10. Juli d. J.** — während der üblichen Geschäftsstunden entweder bei der Gesellschaft oder bei einer der nachbezeichneten Stellen, nämlich:

der **Bank für Handel und Industrie in Berlin,**
„ **Berliner Handels-Gesellschaft, daselbst,**
„ **Bank für Handel und Industrie in Darmstadt,**
„ **Filiale der Bank für Handel und Industrie in Frankfurt a. M.,**
„ **Bank für Handel und Industrie, Filiale Halle zu Halle a. S.,**
dem **Halleschen Bankverein von Kulisch, Kämpf & Co. zu Halle a. S.,**
„ **Bankhaus H. F. Lehmann zu Halle a. S.,**
der **Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt zu Leipzig,**
Rudolf Müller & Co., Commandit-Gesellschaft in Naumburg a. S.

zu hinterlegen.

Bei der Hinterlegung ist ein doppeltes Nummernverzeichnis einzureichen. Eines dieser Verzeichnisse wird, mit dem Stempel der Gesellschaft oder der Anmeldestelle versehen, zum Ausweis bei dem Eintritt in die Versammlung zurückgegeben.

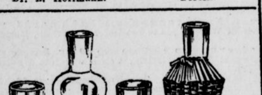
Tagesordnung:

1. Vorlegung und Genehmigung der Jahres- sowie der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1921/22 nebst Bericht des Vorstandes und des Aufsichtsrats.
2. Beschlussfassung über Verteilung des Reingewinns.
3. Erteilung der Entlastung an den Vorstand und Aufsichtsrat.
4. Bestimmung der Zahl und Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern.
5. Abänderung des Gesellschaftsvertrages:
   a) Aenderungen in der Fassung der Ueberschrift sowie in der Fassung der §§ 1, 4, 6, 7b, 10, 21, 23, 30, 31.
   b) Aenderung betr. Festsetzung der Form und des Wortlauts der Aktien, Gewinnanteil- und Erneuerungsscheine (§ 5).
   c) Fortfall der gerichtlichen oder notariellen Form bei der Bestellung von Vorstandsmitgliedern und Prokuristen (§§ 9, 10).
   d) Streichung des § 11 Abs. 1 Satz 2.
   e) § 13 Abs. 1 Satz 1. Aenderung der Zahl „3" in das Wort „sechs".
   f) § 14 Abs. 2 Satz 1. Aenderung des Wortes „zwei" in das Wort „vier".
   § 14 Abs. 2 Satz 2. Aenderungen durch folgende Neufassung: „In den beiden letzteren Fällen muss die Sitzung innerhalb 10 Tagen stattfinden, nachdem das Verlangen gestellt ist."
   § 14 Abs. 2 Satz 4. Aenderung der Worte: „wenigstens drei Mitglieder" in die Worte „von seinen sämtlichen Mitgliedern mehr Mitglieder als die Hälfte".
   § 14 Abs. 3. Aenderungen des ersten Satzes durch folgende Neufassung: „Die Beschlüsse des Aufsichtsrats werden vorbehaltlich der Bestimmungen in den §§ 15 und 16 mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst."
   g) § 16. Aenderungen durch folgende Neufassung: „Abgesehen von der im § 13 bestimmten Amtsdauer hat eine Neuwahl für sämtliche von der Generalversammlung gewählten Mitglieder des Aufsichtsrats stattzufinden, wenn dies vom Aufsichtsrat mit einer Mehrheit von ⅔ der Stimmen sämtlicher von der Generalversammlung gewählten Mitglieder beschlossen wird."
   h) § 18. Abänderung der Zuständigkeit des Aufsichtsrats, insbesondere durch Erweiterungen der Befugnisse des Vorstandes. Hinzufügung des folgenden Absatzes 2:
   „Der Aufsichtsrat beschliesst seine Geschäftsordnung. Er hat das Recht, einzelne seiner Befugnisse und zwar allgemein oder in bestimmten Fällen seinem Vorsitzenden oder aus seiner Mitte gebildeten Ausschüssen zu übertragen."
   i) § 19 Abs. 1. Einfügung der Worte „von der Generalversammlung gewählten" vor den Worten „Mitglieder des Aufsichtsrats".
   Abs. 2. Ersatz der Worte „dem Aufsichtsrat" durch die Worte „der Gesamtheit der von der Generalversammlung gewählten Mitglieder des Aufsichtsrats".
   Hinzufügung folgenden Absatzes 4: „Die auf diese Vergütungen entfallenden Sondersteuern trägt die Gesellschaft."
   k) Aenderung der Fristen in den §§ 21 Abs. 3 Satz 1 und 27 Abs. 3 Satz 1.
   l) § 28 Abs. 1 zu e. Ersatz der Worte „der Aufsichtsrat" durch die Worte „die Gesamtheit der von der Generalversammlung gewählten Aufsichtsratsmitglieder".
   § 28 Abs. 2. Ersatz der Worte „an dem auf den Schluss des Geschäftsjahres folgenden 15. August" durch die Worte „am 15. des auf die ordentliche Generalversammlung folgenden Monats".
   m) § 30 Abs. 2 Satz 2. Einfügung der Worte „von der Generalversammlung gewählten" vor dem Worte „Aufsichtsratsmitglieder" und Ersatz des Wortes „drei" durch das Wort „sechs".
   n) § 31 Abs. 1. Streichung des Satzes 3.

Neufassung des gesamten Gesellschaftsvertrages gemäss obigen Abänderungen sowie unter fortlaufender Nummerierung der Paragraphen und Berücksichtigung dieser Nummerierung bei Verweisung auf einzelne Paragraphen.

Halle a. S., den 15. Juni 1922.

Der Vorstand.
Dr. L. Hoffmann. Borelli.



Karaffen mit Trinkglas,
ca. ½ Ltr. Inhalt zum Füllen für Wein, Kognak, Likör, Fruchtsaft etc. Besonders geeignet für die Reisezeit.
Preis für Karaffe mit Kork und Trinkglas . . . . M. 19.75
„ „ Bastgeflecht (abnehmbar) . . . . M. 6.50
Preise verstehen sich für ein Stück, bei Abnahme von 100 St. einschl. Kistenpackung ab Lager Düsseldorf Netto Kasse. Eingeschriebenes Muster nur an Wiederverkäufer gegen Einsendung von M. 30.— auf Postscheckkonto Köln 8099 oder Essen 8099 oder Hannover 20730.
Berthold Münchow * Glashüttenfabrikate,
Düsseldorf 110. Telefon 7156. Telegramme Glasmünchow.

Engros! **Strümpfe Socken Strickkrawatten** Export!
stets große Lagerposten vorrätig.
Hamburger & Co., Heiligegeiststr. 36.

Chemische Fabrik auf Actien (vorm. E. Schering) Berlin.

Die Generalversammlung unserer Gesellschaft vom 14. Juni 1922 hat beschlossen, nom. M. 2 000 000 4½ %ige ursprüngliche Vorzugsaktien gemäss § 5 Absatz 6 unserer Satzungen zum Kurse von 105 % zurückzuzahlen. Wir kündigen daher hiermit diese Aktien per 31. Dezember 1922.

Die Auszahlung des Gegenwertes erfolgt gegen Rückgabe der 4½ %igen Vorzugsaktien nebst Erneuerungsscheinen und laufenden Gewinnanteilscheinen, einschliesslich desjenigen für das Geschäftsjahr 1922 bei der **Mitteldeutschen Creditbank, Berlin C. 2,** Burgstr. 24 in der Zeit vom

2. Januar bis 15. März 1923.

Den Einreichern wird für jede 4½ %ige ursprüngliche Vorzugsaktie im Nennwerte von M. 1000 der Betrag von . . . . M. 1050.—
zuzügl. 4½ % Zinsen auf den Nominalbetrag für das Geschäftsjahr 1922 . . . . M. 45.—
abzüglich 10 % Kapitalertragssteuer „ 4.50 „ 40.50
insgesamt M. 1090.50
in bar vergütet.

Den einzureichenden Aktien ist ein arithmetisch geordnetes Nummerverzeichnis beizufügen. Einreichungsformulare sind bei der Mitteldeutschen Creditbank erhältlich.

Diejenigen 4½ %igen ursprünglichen Vorzugsaktien, welche bis zum 15. März 1923 nicht eingereicht sind, werden gemäss § 290 HGB. für kraftlos erklärt werden.

Wir machen bei dieser Gelegenheit die Inhaber unserer ursprünglichen Vorzugsaktien auf die gleichzeitige, von der Mitteldeutschen Creditbank, Berlin, veröffentlichte Bekanntmachung über die Möglichkeit des Umtauschs dieser Aktien in Stammaktien aufmerksam.

Berlin, den 15. Juni 1922.
Chemische Fabrik auf Actien (vorm. E. Schering).
Der Vorstand.

Chemische Fabrik auf Actien (vorm. E. Schering) Berlin.

Die Gesellschaft hat in ihrer Generalversammlung vom 14. Juni 1922 den Beschluss gefasst, nom. Mark 2 000 000 ihrer 4½ %igen ursprünglichen Vorzugsaktien zur Tilgung und Rückzahlung per 2. Januar 1923 zu bringen.

Namens des Konsortiums, das die jungen Stammaktien der Gesellschaft auf Grund des Beschlusses der Generalversammlung vom 22. März 1922 gezeichnet hat, bieten wir den Inhabern der ursprünglichen Vorzugsaktien den Umtausch in Stammaktien unter folgenden Bedingungen an:

1. Die Inhaber der 4½ %igen ursprünglichen Vorzugsaktien haben die vollständigen Stücke, Mäntel nebst Erneuerungsscheinen und Gewinnanteilscheinen, einschliesslich desjenigen für das Geschäftsjahr 1922, in der Zeit vom
1. Juli bis spätestens 15. Juli 1922,
bei der
Mitteldeutschen Creditbank, Berlin C. 2, Burgstr. 24 während der üblichen Geschäftsstunden einzureichen unter Beifügung eines arithmetisch geordneten Nummernverzeichnisses in doppelter Ausfertigung, wofür die Formulare bei dieser erhältlich sind.
2. Auf je 4 eingereichte 4½ %ige ursprüngliche Vorzugsaktien entfällt eine Stammaktie zum Kurse von 500 % zuzüglich Schlussscheinstempel.

Die Einreicher erhalten gegen Zahlung des Gegenwertes von M. 5000 zuzüglich Schlussscheinstempel eine Stammaktie mit Gewinnanteilschein für das Geschäftsjahr 1922 ausgehändigt.

Auf vorstehende Beträge werden M. 4200 für je 4 eingereichte Vorzugsaktien in Anrechnung gebracht, so dass M. 800 zuzüglich Schlussscheinstempel bar zu zahlen sind.

Nach dem 15. Juli eingehende Anmeldungen und Anmeldungen, mit denen nicht gleichzeitig die 4½ %igen ursprünglichen Vorzugsaktien eingereicht werden, finden keine Berücksichtigung.

Berlin, 15. Juni 1922.
Mitteldeutsche Creditbank

Preuss. Staats-Lotterie
750 000 Lose — 387 000 Gewinne im Gesamtbetrage von über
319 Millionen M.
6 x **1 Million** M.
6 x **500 000** M.
6 x **300 000** M.
Originallose zum amtlichen Preis:
⅛ 15.60 M., ¼ 31.20 M., ½ 62.40 M., ⅟₁ 124.80 M.
Porto und amtliche Gewinnliste 3 Mark.
Ziehung 1. Klasse schon 27. und 28. Juni
Ritter,
I. Fa. **P. Raddatz & Co.**
Staatl. Lotterie-Einnahme, Berlin W 66
Leipziger Strasse 123.
Postscheckkonto 3334

Gebrauchsgegenstände! Patente Massenartikel!
Wirtschaftsartikel. Ges. gesch. Neuheiten.
praktische Erfindungen der Metall- u. Holzwarenbranche verk. oder verg. Lizenz nur an kapitalkräftige Firmen. Gefl. Näherung unter **J. J. 1417** an **Rudolf Mosse,** Potsdamer Str. 33.

Geldschrank, fast neu! Patent Fahnko, zu verk. **Heise, Perleberg.**

Sofort lieferbar: 9—10 Tonnen Prima Bessemerstahl, 3½ bis 5 mm, 55/60 Kg. F., 3 m lg. **Hermann Zerbst,** Walzwerks- und Hüttenerzeugnisse, Bln.-Pankow, Telefon: Pankow 324 u. 611. Teladr.: Panteeisen.

Anbiete billigst: Drell, Hemdentuch, Leinen, Nessel, Segeltuch, Papiergewebe, Säcke, Mull, Zwiebackbeutel und Wolldecken. **Carl Herms, Magdeburg,** Pionierstrasse 16.

Ketten, ca. 40 000 Stück ca. 175 cm lang, prompt lieferbar. **Gebr. Bileski, Breslau 8.**

Ia feuerverzinkte Eisenbleche, Nr. 19 bis 22, im Format 2×1 m, ab Lager lieferbar, ebenso **Ia Gas- und Siederohre,** sowie Ausschußware. **Lolat Gesellschaft m. b. H., Berlin-Friedenau.**

50 000 St. Lederdichtungsringe
50 000 St. Ledermanschetten
in verschiedenen Größen, prima Kernleder abzugeben. Näheres durch
Georg Schliewe, Berlin, Ottostraße 11.

Lokomobilen lief. konzession., garant. betriebsfäh. ab Fabrik F. Osenberg, Berlin-Lichtenb., Herzbergstr. 24/5.

Ausländer! Exporteure
3000 Vorhängeschlösser mit Zahlenkombination, verkeilt, ausserordentl. billig, sofort lieferbar. Anfragen unt. B. N. V. 1747 an Ala-Haasenstein & Vogler, Berlin W. 35.

Auf Grund des im Berliner Tageblatt vom 16. März 1922, III. Beiblatt, und der Berliner Börsenzeitung vom 15. März 1922, II. Beilage, veröffentlichten Prospektes sind

M. 50 000 000,— neue Aktien (50 000 Stück über je M. 1000,—, Nr. 299 001—349 000),
M. 250 000 000,— Vorzugsaktien B (250 000 Stück über je M. 1000,—, Nr. 250 001—500 000)
mit dem Vorrecht auf einen Gewinnanteil von 5 % mit Nachzahlungspflicht und einem Anspruch auf einen zusätzlichen Gewinnanteil von je ¾ % für jedes Prozent, das über 10 % hinaus auf die Stammaktien als Gewinnanteil gezahlt wird, einlösbar ab 1. Januar 1925 nach dreimonatiger Kündigung mit 115 % der

Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft zu Berlin

zum Handel und zur Notiz an der hiesigen Börse zugelassen. Die Befreiung von der Prospektveröffentlichung ist durch Bescheid vom Senat vom 19. v. Mts. erteilt worden.

Hamburg, den 12. Juni 1922.
Bank für Handel und Industrie Filiale Hamburg.
Deutsche Bank Filiale Hamburg.
Dresdner Bank in Hamburg.
Norddeutsche Bank in Hamburg.
M. M. Warburg & Co.

Die ordentliche Generalversammlung vom 27. April 1922 hat die Ausgabe von 6000 Stück neuen Stammaktien zu je M. 1000 beschlossen.

Die auszugebenden neuen Aktien, welche vom 1. Januar 1922 ab dividendenberechtigt sind, sind von einem Bankenkonsortium fest übernommen worden, das sich verpflichtet hat, sie den Inhabern der alten Aktien zum Kurse von 175 % derart zum Bezuge anzubieten, **dass auf eine alte Aktie von M. 1000 eine neue Aktie von M. 1000 entfällt.**

Nachdem die durchgeführte Kapitalserhöhung ins Handelsregister eingetragen ist, fordern wir unsere Aktionäre auf, das Bezugsrecht bei Vermeidung des Ausschlusses bis einschliesslich 3. Juli d. J.
in Berlin bei **der Dresdener Bank,**
bei **dem Bankhause S. Bleichröder,**
in Breslau bei **der Dresdener Bank, Filiale Breslau**
während der üblichen Geschäftsstunden unter folgenden Bedingungen auszuüben:

1. Bei Ausübung des Bezugsrechtes sind die alten Aktien ohne Zinsscheinbogen mit Nummernverzeichnis und Anmeldeschein, wofür Formulare bei den Bezugsstellen erhältlich sind, zur Abstempelung einzureichen. Die alten Aktien werden abgestempelt alsbald zurückgegeben.
2. Für jede neue Aktie ist der Betrag von M. 1750 zuzüglich Schlussscheinstempel gegen Quittung in bar zu entrichten. Die neuen Aktien gelangen nach Fertigstellung bei den Bezugsstellen zur Ausgabe.
3. Die Ausübung des Bezugsrechts erfolgt provisionsfrei, wenn das Bezugsrecht am Bankschalter ausgeübt wird. Geschieht die Ausübung des Bezugsrechtes im Wege des Briefwechsels, so wird die übliche Provision in Ansatz gebracht.
4. Die Bezugsstellen vermitteln den Ankauf fehlender und den Verkauf überschüssiger Bezugsrechte.

Breslau, den 14. Juni 1922.
Huta Hoch- und Tiefbau-Aktiengesellschaft,
Bechtel.

Feldgraue Stoffe — zu kaufen gesucht
Raglans * Sport-Paletots
Sakko-Anzüge
Gediegene Stoffe
Vornehmste und modernste Machart in grossen Quantitäten ab Lager sofort lieferbar.
Fa. Alfred Kauf
Berlin W 30
Hohenstaufenstr. 13.
Gr. Sommer-Bestände — sofort greifbar.

Steirische Obst-Produzenten-Vereinigung
sucht Verbindung mit reichsdeutschen Obst-Großhändlern für die kommende Saison zwecks Anbahnung eines großzügigen Abschlusses. Seriöse Firmen, die sich für steierisches Obst interessieren, wollen ihre Zuschriften unter: **„Obst 22—5688"** an die Ann.-Exp. **Rudolf Mosse, Wien I.,** Seilerstätte 2, richten.

Sprit für Export
offeriert
Friedrich Neustadt,
Hamburg 11,
Admiralitätstr. 21.
Telegramme: Genoveva Hamburg.

Druck-Papier
30 000 kg weiß satin. holzhalt. 70×100 cm 70 gr qm sofort greifbar preiswert abzugeben. **„CREDO" Gesellschaft m. b. H.,** Berlin SW. 68, Charlottenstr. 87.

Geldschrank, gut erhalten, abzugeben. M. 10000.—. Stephan 8521 von 10—1. **Deutsche Möbel-Industrie,** Martin-Lutherstr. 51.

Hanfbindfaden, Ia Qualität, große Mengen, bietet weit unter Tagespreis an **Gerhard Richter,** Großhandlung, **Forst i. L.**

Größere Posten Röchlings
Hochleistungsstahl
Marke R. C. C., geeignet für Schnitte und Stanzen. Anfragen erbeten unter **B. G. 424 Ala-Haasenstein & Vogler, Bremen.**

Odeon - Diktiermaschine, Modell Diktator, mit Fußbetrieb Walzen-Abdreh-Apparat verkauft. Ritterstr. 111, II.

Rechenmaschine, Kosmos, fast neu, verpreisw. Uhlenhut Nachf., Dresdenerstraße 12. Mpl. 8730.

Radiotelegraphie, drahtlose Telegraphie. Empfangs-Apparate für Export laufend lieferbar. (Horcher Papierfabrik.) **Walzer,** Berlin-Halensee, Kurfürstendamm 125.

Spielkarten, Ia Fabr., bill. abzug. **Kurt Konschalla,** Charl. 5, Suarezstr. 27. Tel. Westend 76.

Karbid. 5000 Tisch-, Wandlampen, Sturmlat. unter Herstellungspreis abzugeben. **A. Clages Nachf.,** Köpenicker Str. 10.

Weggläs., Weinkorken. **Wolffke, Oranienburg.**

Träger, N. P. 10, neu, 5—9 Met., vk. **Compart,** Pappelallee 38.

29 Transport-Kannen, verzinkt, stark. Stahlblech, f. 25, 50, 60 Kg., gebr., gut erh., verkauft **Wenslau, Steglitz.** Tel. Lütz. 3766.

Ca. 250 gebrauchte **Kisten** sof. umständehalb. sehr billig verkäuflich. **Kgft. 7448.**

1 fünfspl. Bohrmaschine, 1 Ausbaumasch., 1 Sägenschärfmaschine, 1 Schlagkreuzmühle m. Tricht., neuwertig insgesamt 65 000 M., Lagerort Berlin. **Metall- und Schrott-Ges. m. b. H.,** Potsdamer Str. 13.

U. S. A.
Für mein **New-Yorker Haus** als **Selbstkäufer** suche ich stets wirklich gute Neuheiten, insbesondere interessieren patentierte Artikel, deren Alleinvertrieb für U. S. A. vergeben wird.
Ich bitte **dringend,** Offerten vorerst **nur schriftlich** zu unterbreiten.
J. Stanietzki,
Berlin W. 30, Rosenheimerstr. 15.

Rohölmotor,
Fabrikat Rigaer Maschinenfbrk., 30 PS, fast neu, gar. betriebsfähig sofort zu verkaufen.
Kirchheim & Co.,
Magdeburg-S., Walmbergsweg 21.

Schnürschuhe,
engl., instandgesetzt, benagelt, m. Absätzen, größere Posten abzugeben.
A. Hesse, Mittelstr. 23.

Knopflochmaschinen
für Fuß- und Kraftbetrieb.
Dürkoppwerke A.G.
Berlin SO. 16, Rungestr. 27.
Fernspr. Moritzpl. 1858 u. 2476.

Export — Engros.
Parfums,
vorzügl. Fabrikat, gut abgelag., größerer Posten greifb., weg. Dispositionsänderung günstig ab Fabrik. Anfr. u. E. K. 1936 an **Rudolf Mosse, Berlin,** Moritzplatz.

Schlechterwerke Peter Schlechter,
Berlin SW. 68, Markgrafenstrasse 27.
— Stets sofortige Lieferung. —

Oelseparator,
System Heine, 10 kg Bel. = 1500 T., verk. preisw. **Rome,** Bernauer Str. 18.

Patent-Heißdampf-Lokomobile
auf Tragfüßen, 12 Atm. Normalleistung, ca. 200 PS., evtl. auch mit Drehstromgenerator, vollständig neu und ungebraucht, abzugeben. Lieferung in zirka 2 Monaten u. Ang. u. **J. Z. 22828** an **Rudolf Mosse, Berlin SW.**

Papier-heftzange Her-Mack
Sämtliche Teile einzeln auswechsel- und ersetzbar, lieferbar ab Fabrik durch **Herbert Mackiol, Berlin,** Stettiner Strasse 38. Metallwarenfabrik

Kaufgesuche bewegl. Gegenstände

Hemdentuche gegen Kasse kauft **Willy Paschen,** Andreasstr. 32.

Fahrradreifen, größ. Posten, wenn preisw., kauft **P. Wassersleben,** Berlin-Friedenau, Rotdornstr.

Säcke kauft Preminger, Linienstr. 201a.

Zur sofortigen Lieferung **zu kaufen gesucht:**
5000 prima Emaille-Eimer
28 cm weiß-weiß. Gefl. Off. u. L. F. 6214 an **Rudolf Mosse, Leipzig.**

Holzschrauben, Muttern, Schrauben kauft **Lehmann,** Spandauerbrücke 9.

Werkzeugmaschin einzeln, sowie komplette Betriebe kft. **Andreas Blum,** Berlin SO. 16, Köpenickerstr. 92. Mpl. 10820 u. 16497.

Gebr. Möbel, Federbetten, Wäsche, Nachlässe kauft **Stern,** Zehdenicker Straße 7. Norden 2607.

Kaufgesuch. Großer Posten Papierhosenträger, Bleistifte, Druckknöpfe, Nadelwaren. **Cohn,** Potsdamer Straße 108. Lt. 8454.

Gebrauchte
Dampf- od. Diesel-Lokomotive
ca. 50 PS Leistung, 900 mm Spurweite, mögl. betriebsfertig, per sofort zu kaufen gesucht. Gefl. Offerten unter D. S. 466 an Rudolf Mosse, Dresden.

Packtaschen neue, kauft **M. Rosenberg, Berlin,** Potsdamer Straße 104.

Papierhosenträger größere Posten sucht **Anton Bretzel, Rosenstr. 18/19.**

Wir suchen
Korbflaschen
zu kaufen, möglichst 20 und 25 Liter ö freie Glas. Beschaffenheit des Korbgeflechts gleich. Uebernahme ganzer Restbestände. Offerten unter **L. G. 6605** an **Ala Haasenstein & Vogler, Berlin.**

Planen und Segeltuche.
Mil.-Bekleidungs- u. Wäschelumpen, sowie Textilwaren all. Art u. Tauwerk aus Heeresbeständen kaufen ständig
Drucker & Nagler
Berlin C. 2, Stralauer Str. 3—6.
Kgft. 6686 und 8553.

Wir suchen sofort
ca. 20 Rippenrohre
mit **Flanschen und Nutenfedern** à 4 m, möglichst Patent Bräuer (Höchst am Main) sowie dazugehörige **Doppelbogen** mit Flanschen; ferner
1 doppelwirkende Saug- und Druck-Plunger-Pumpe
mit zweieinhalb- bis dreizölliger **Saugleitung und Voll- und Leerschreiber.**
Paul Mattka & Söhne, Fleischwarenfabrik, **Merkur bei Drebkau, N.-L.**

Preiswerte Lagerposten
zur Ausfuhr nach Rußland und Baltstaaten. Nur schriftl. Angebote an **Ad. Camphausen,** Internationaler Warenaustausch, **Berlin W. 35, Potsdamerstr. 110. Tel. Nollendorf 26..**

⊥-Eisen 45 × 5
T-Eisen 30 × 4 und 30 × 3
zu kaufen gesucht.
Lohmann-Werke Aktiengesellschaft, **Bielefeld.**

Sofort zu kaufen gesucht
ab Lager oder prompt ab Fabrik
je 200 kg Blechnieten, flachköpfig 3½×21, 4×18, 4½×14, 4½×18, 4½×32 mm.
je 200 kg Blechnieten, rundköpfig, 3½×16, 4½×10, 4½×13, 4½×15, 4½×18, 6½×17, 6×26 mm,
je 2000 Gros eiserne Holzschrauben 20/35 flach und 17/35 linsenköpfig.
Angebote nimmt unsere Abt. **Einkauf K.** entgegen.
Gebr. Reichstein Brennabor-Werke
Brandenburg (Havel).

Gebrauchten, gut erhaltenen Dampfkessel,
ca. 200 qm H. F., mindestens 6 Atm., kauft
Techn. Büro,
Botzstraße 14.

K. Löbenstein,
Berlin SW. 11, Königgrätzerstr.
Telegramm-Adresse: Punjar.
Telefon: Nollendorf 8220 bis 8225.
Ständig Käufer für sämtliche
Schrott-Materialien

Getragene Herrenkleider, Nachlässe, Pelze kauft **Eilberg,** Gitschinerstr. 45. Mpl. 6578. (Komme überall.)

Für anwesende Grosskäufer
suche preiswerte Posten:
Druckknöpfe, Bleistifte, Sicherheitsnadeln, Nähnadeln, Haarnadeln, Messer, Scheren, Bestecke, Papierhosenträger, Strümpfe, Handschuhe, Unterwäsche und vieles andere, besonders **Kurzwaren und Haushaltartikel.** **Vorhangschlösser.**
B. Cohn, Charlottenstr.
Kein Telephon.

Aus Heeresbeständen zu kaufen gesucht
Säcke
aller Art, **Segeltuche, Pläne, Zelte, Stricke** sow. **Papiergewebe-Strohsäcke, Kopfpolster, Brotbeutel, Laken** usw. Angebote erbeten **Gebr. Abisch, Berlin N. 37,** Chorinerstr. 84. Fernspr.: Norden 1413, Alexander ...

Exportartikel jeder Art
in größeren Lieferungen gegen Barzahlung
direkt vom Fabrikanten gesucht.
Eventuell gebe Kapital für Fabrikation
Eilofferten erbeten an **Ernst Buchwald, Berlin-Lichterfelde-West 3,** Asternplatz 2, III.